Der Ulrichsberg ruft? Ulrichsberg kliče?

U-BERG HALT'S MAUL

U-BERG DRŽI GOBEC

Gegen den Kärntner Konsens
Proti koroškemu konsenzu

www.u-berg.at



Wir kennen weder Ehre noch Treue / Ne poznamo časti in zvestobe!

EDITORIAL

Diese Broschüre möchte einige Hintergrundinformationen zum Ulrichsbergtreffen und um das Ulrichsbergtreffen herum liefern und ist in Zusammenhang mit den geplanten Gegenveranstaltungen entstanden. Der "Arbeitskreis gegen den Kärntner Konsens" versucht 2005 zum ersten Mal auf einer breiteren Basis gegen das Ulrichsbergtreffen zu mobilisieren. Wir planen am Wochenende von 16.-18.09. öffentliche Gegenveranstaltungen in und um Klagenfurt abzuhalten (siehe Programm auf Seite 32). Weitere Infos und Neuigkeiten auch in Zukunft auf **www.u-berg.at**.

Der "AK gegen den Kärntner Konsens" ist ein loser Zusammenschluss von antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen, die sich kontinuierlich politisch und journalistisch mit österreichischer Geschichts- und Gedenkpolitik, mit Revisionismus und Rechtsextremismus beschäftigen.

Diese Broschüre ist unvollständig: Wir haben es leider nicht geschafft, die Texte in der kurzen Zeit zwischen Verfassen und Drucken auf Slowenisch zu übersetzen. Wir bedauern das sehr und möchten gleichzeitig dazu einladen, uns beim Übersetzen (auch auf Englisch und Italienisch) zu unterstützen, damit die nächste Auflage vollständiger wird.

UVODNIK

Namen te brošure je, da posreduje informacije o srečanju na Ulrichsbergu in kar je z njim povezano. Nastala je v sklopu z nameravanim prireditvam proti srečanju.

"Delovni krožek proti koroškemu konsenzu" poskuša 2005 prvič na širši bazi mobilizirati proti srečanju na Ulrichsbergu. V Celovcu in okolici nameravamo konec tedna med 16. - 18. 09 2005 prirediti javne shode proti srečanju (glej spored na strani 32). Več informacij in novic nadete tudi v prihodnosti na strani **www.u-berg.at**

"Delovni krožek proti koroškemu konsenzu" je združenje antifašističnih skupin in posameznic/ikov, ki se tako na politični kot tudi na novinarski ravni ukvarja z avstrijsko politiko spominjanja in zgodovinopisja, revizionizmom in desnim ekstremizmom.

Ta brošura ni končana: Zelo nam je žaj, da nam ni uspelo prevesti člankov v Slovenščino, saj je bil čas med njihovim nastankom in tiskom prekratek. Hkrati pa vabimo vse, ki nas želijo podpreti s prevodi (tudi v druge jezike, posebno v angleščino in italijanščino), tako da bo naslednja naklada bolj obširna.

Der Ulrichsberg ruft?

U-BERG HALT'S MAUL

Ulrichsberg kliče?

U-BERG DRŽI GOBEC

16. - 18. 09. 05 Klagenfurt / Celovec

Inhaltsverzeichnis

Bilder:
Alle Bilder in dieser Broschüre - mit Ausnahme von Seite 19 "Graffiti-Days" – zeigen die "Europapedenkstätte Ulrichsberg" bzw. einzelne Tafeln aus dem "Ehrenhain".

Impressum:
Medieninhaberin & Redaktion:
AK gegen den Kärntner Konsens, 1010 Wien, **kontakt@u-berg.at**
Druck:
Druckerei Resch, 1150 Wien, Rosinag. 19

www.u-berg.at

Napasti korosoroški konsenz! Konec s srečanjem na Ulrichsbergu/Vrhu!

Den Kärntner Konsens angreifen! Schluss mit dem Ulrichsbergtreffen!

Negovanje tradicije na Koroškem
Od l. 1958 naprej se vsako jesen srečavajo na Ulrichsbergu veterani "wehrmacht-a" in "waffen-SS", njihovi potomci in ideološki nasledniki skupaj s politično prominenco iz Koroške in Avstrije, Nemčije ter cele Evrope. Spominjajo se padlih kameradov in njihovega "poštenega izpolnjevanja dolžnosti" za "svobodo domovine" za časa obeh svetovnih vojn v koroškem "abwehrkampf-u". Gre za tradicijo, ki neguje fašistične, protislovenske in zgodovinsko revizionistične šege, tukaj spomin velja domnevnim "žrtvam" partizanov/k, ne pa njihovemu protifašističnemu doprinosu k osvoboditvi.

Ne odpustiti, ne pozabiti!
Pozivamo vse antifašit/k/e in antimilitarist/k/e, da se udeležijo protestnih manifestacij proti takemu negovanju tradicije "veteranov". Od 16. do 18. septembra 2005 želimo dostojno počastiti to srečanje vojakov!

Traditionspflege in Kärnten
Seit 1958 treffen sich alljährlich im Herbst Veteranen der Wehrmacht und (Waffen-)SS, sowie deren Angehörige und ideologische "Nachfahren" im Schulterschluss mit Politprominenz bei der "Europa-Heimkehrergedenkstätte" am Ulrichsberg in Kärnten, um dem vermutlich größten Treffen ehemaliger "Freiwilliger" im deutschsprachigen Raum beizuwohnen. Unterstützt vom österreichischen Bundesheer, gehuldigt durch (fast) alle politischen Parteien in Kärnten / Koroška und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung, reisen zu den Feierlichkeiten Delegationen und Kameradschaften aus der BRD, Norwegen, Belgien, Finnland, Frankreich, Schweden, Dänemark, Italien und den Niederlanden an.

Gedacht wird der gefallenen Kameraden und ihrer "anständigen Pflichterfüllung" als Soldaten. Dabei wird der Mythos vom "Kampfes- und Opfertod" für die "Freiheit des Vaterlandes" in beiden Weltkriegen, wie auch im Kärntner "Abwehrkampf", genährt. Es wird eine Traditionspflege betrieben, die eine Verdrehung des Verhältnisses von Opfern und Tätern verfolgt und faschistische, antislowenische und geschichtsrevisionistische Brauchtümer kultiviert. Erinnert wird dabei an die vermeintlichen "Opfer" der PartisanInnen, nicht jedoch an ihren antifaschistischen Beitrag zur Befreiung. Die Handlungen der Soldaten werden verherrlicht und deren Verbrechen verharmlost, geleugnet oder als notwendige Kriegshandlungen umgedeutet.

Organisiert und ausgerichtet werden die Feiern vom "Verein für die Heimkehrergedenkstätte 'Ulrichsberg'" (Ulrichsberggemeinschaft), dessen Aktivitäten sich bis in die unmittelbare Nachkriegszeit verfolgen lassen, und der einen Zusammenschluss von u.a. dem "Österreichischen Kameradschaftsbund", dem "Kärntner Abwehrkämpferbund", dem "Kärntner Heimatdienst", der "Kameradschaft ehemaliger Gebirgsjäger", der "Kameradschaft IV Kärnten", dem "Heimkehrerverband Kärnten", "Vertretern der Kärntner Landsmannschaft" und der "Volksdeutschen Landsmannschaft" darstellt.

Ulrichsberg - Ein "who is who" der deutschsprachigen Nazi-Szene
Ulrichsberg - Smetana nemškogovorece naci-scene

Regelmäßige Gäste des Treffens sind die Nazi-Ikone Florentine Rost van Toningen und deren enge Freundin, Himmler-Tochter Gudrun Burwitz. Aus Deutschland kommen für gewöhnlich Mitglieder der nationalsozialistischen "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" (OdR), sowie der nationalsozialistischen "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS" (HIAG).

Neonazis die am Ulrichsberg ▶

Das "Heimkehrer-Kreuz" am Ulrichsberg: Stahl, 20 Meter hoch.


"Europa-Gedenkstätte Ulrichsberg".

► in den letzten 15 Jahren zu sehen waren, sind der aus Kärnten stammende Andreas T. - wegen Wiederbetätigung verurteilt, zwischenzeitlich wieder auf freiem Fuß -, der Ex-Kader der (inzwischen verbotenen) "Nationalistischen Front" Herbert S., der zwischenzeitlich wegen Wiederbetätigung verurteilte Helmut Adolf S., der Ex-Kader des "Völkischen Bundes" (inzwischen verboten) Peter N., sowie Meinolf S. - Ex-Führer der verbotenen, neonazistischen "Nationalistischen Front".

Eine Schlüsselstelle beim Ulrichsbergtreffen nimmt die Kameradschaft IV (K IV), die rechtsextreme Veteranenorganisation ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS, die als ständige Mitgestalterin des Festaktes fungiert, ein. Die K IV versucht die Waffen-SS, die vom Nürnberger Gerichtshof als Teil der SS zu einer verbrecherischen Organisation erklärt wurde, als vierten Teil der Wehrmacht und damit als unbedenklich hinzustellen und leitet ihren Namen daraus ab.

Darüber hinaus veranstaltet die Kameradschaft IV am Tag vor dem Ulrichsbergtreffen traditioneller Weise eine eigene Begleitveranstaltung, die auch als "Krumpendorftreffen" bekannt ist und als Brückenschlag zwischen "jung" und "alt" fungieren soll. Als prominentester neonazistischer Referent war dort in der Vergangenheit der Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger angekündigt. Zwar kein Nazi, trotzdem ein gerne gesehener Referent, ist auch Jörg Haider, selber "Abwehrkämpfer" und jetziger Landeshauptmann von Kärnten, der 1995 in einer Aufsehen erregenden Rede den versammelten (Waffen-)SS-Soldaten in Krumpendorf seinen Dank und seine Anerkennung aussprach.

Gedenkjahr 2005
Spominsko leto 2005

Solche Auftritte von SpitzenpolitikerInnen sind in Österreich aber keine "einmaligen Ausritte", sondern gelebte Normalität. Gerade in dem - von der österreichischen Bundesregierung ausgerufenen - "Gedankenjahr 2005" schwappt der braune Sumpf auch wieder in den rest-österreichischen Politik-Mainstream über. So leugnet der (Ex-FPÖ) Bundesrat John Gudenus in Interviews die Existenz von Gaskammern auf dem Gebiet des "3. Reichs". Sein Kollege, der aus Kärnten stammende Bürgermeister von Gurk, Bundesrat Siegfried Kampl, spricht im Bundesrat von einer "brutalen Naziverfolgung" nach dem 2. Weltkrieg und bezeichnet Wehrmachtsdeserteure als "zum Teil" "Kameradenmörder".

Der ehemalige SP-Landeshauptmannstellvertreter Rudolf Gallob (Ulrichsberggemeinschaft) weiß daraufhin zu berichten: "Er wird viel Zustimmung finden bei all jenen, die mit Partisanen allerhand erlebt haben. Wenn man zum Beispiel weiß, dass Kärntner Partisanen auf Kärntner Soldaten geschossen haben."

Der ebenfalls aus Kärnten stammende Vorsitzende des Bundesrates Peter Mitterer will sich gar nicht erst zur nationalsozialistischen Vergangenheit äußern, da er dieser "wertfrei" gegenübersteht.

Doch auch abseits von (Ex-)FPÖ PolitikerInnen ist diese Art der Geschichtsauffassung in Kärnten politische Normalität. Der deutschnationale Konsens in Kärnten / Koroška besteht über alle Parteigrenzen hinweg. So war

in den letzten 20 Jahren Politprominenz aus den Reihen von ÖVP und SPÖ ebenfalls zahlreich beim Ulrichsbergtreffen zu finden: amtierende Bundesminister genauso wie Ex-Minister, und von sozialdemokratischen Landeshauptleuten abwärts (fast) alles was Kärnten zu bieten hat.

Nicht zuletzt aber ist der derzeitige Klagenfurter ÖVP-Bürgermeister Harald Scheucher, selbst Sohn des Gebirgsjägers und Mitbegründers des Ulrichsbergtreffens Blasius Scheucher (Ex-Vizebürgermeister von Klagenfurt), ein gutes Beispiel dafür, wie Traditionspflege über PolitikerInnengenerationen hinweg "vererbt" wird. Für seinen familiären Hintergrund ist der Bürgermeister dabei klarer Weise nicht angreifbar, doch, dass er unbeirrt seine schützende Hand über die Ulrichsberggemeinschaft hält, ist Ausdruck der verbreiteten Identifizierung mit den kriegsverherrlichenden Zielen, und für die ungebrochene Verherrlichung der Taten der Wehrmacht sowie des in Kärnten bis heute geführten "Abwehrkampfes" der "Deutsch-Kärntner".

Einsatz für die Rehabilitation der Täter
Nastopanje za rehabilitacijo storilcev

Eine wichtige Funktion der Gemeinschaft war es aber auch von Beginn an sich für die Freilassung und Rehabilitation von verurteilten Kriegsverbrechern einzusetzen. So wurde beim italienischen Konsulat schon in den Fünfziger Jahren von einer Abordnung von "Heimkehrern" unter der Leitung des damaligen Klagenfurter Bürgermeisters Blasius Scheucher um die sofortige Freilassung des Massenmörders Walter Reder angesucht. Die Forderung nach Freilassung von Reder sollte im Zuge der Ulrichsbergfeierlichkeiten auch über die nächsten Jahre hinweg eine Rolle spielen:

" (...) wenn alle Völker unter dem Kreuz stünden, gäbe es keine Kriegsgefangenen, dann wäre auch Major Walter Reder frei und dann würden nicht nur die Sieger recht haben, dann gäbe es Versöhnung." Ulrichsbergtreffen 1974

Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Walter Reder war verantwortlich für ein Massaker in der italienischen Ortschaft Marzabotto bei Bologna im September 1944. Die 1830 Opfer waren meist alte Menschen, Frauen und Kinder. Reder wurde 1951 in Bologna zu lebenslanger Haft verurteilt. 1985 wurde er aus der Haft entlassen und in Wien als "letzter österreichischer Kriegsgefangener" am Flughafen vom damaligen Verteidigungsminister Frischenschlager feierlich empfangen.

Blutige Vergangenheit
Krvava preteklost

Die meisten Kriegsverbrechen, die von SS- und Wehrmachtseinheiten, denen am Ulrichsberg gedacht wird, begangen worden waren, wurden jedoch juristisch nur schleppend bis gar nicht verfolgt. Auch heute werden bei Anklagen oder Verurteilungen die zumeist in Österreich und Deutschland (noch) lebenden Täter nicht behelligt, geschweige denn ausgeliefert. So zum Beispiel auch im aktuell vor Gerichten anhängigen Verfahren rund um Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger - auch diese haben am Ulrichsberg ihre Gedenktafeln - in Griechenland.

"Ich würde gern einen der Soldaten finden und ihn fragen, warum hast du das getan?" Diese Frage stellte Christina Dimou, Überlebenden aus dem griechischen Dorf Kommeno, als sie 2003 an Protestveranstaltungen gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger im bayerischen Mittenwald teilnahm. Als 13-jähriges Mädchen hatte sie erleben müssen, wie im August 1943 ihr Dorf Kommeno in Nordgriechenland von einer Wehrmachtseinheit zerstört wurde und 317 Menschen erschossen wurden. Die tätige Wehrmachtseinheit war die 12. Kompanie des Gebirgsjäger-Regiments 98 der 1. Gebirgsjägerdivision gewesen.

Das von Gebirgsjägern der Wehrmacht begangene Massaker in dem griechischen Dorf Kommeno am 16. August 1943 war kein Einzelfall; zum Katalog der Gebirgsjäger-Verbrechen gehört auch die Erschießung von ca. 5.000 italienischen Kriegsgefangenen auf der griechischen Insel Kephallonia im September 1943. Die Blutspur schwerster Kriegsverbrechen dieser Eliteeinheit zieht sich über Finnland, die heutige Ukraine, Jugoslawien, Italien, Frankreich bis nach Griechenland. "Sühnemaßnahme" und "Vergeltungsaktion" lautete die kriegspropagandistische Rechtfertigung, mit der die Soldaten ZivilistInnen ermordeten, plünderten und die Dörfer niederbrannten und zerstörten. Im Gefechtsbericht zu dem Massaker in Kommeno hieß es später: "Beute: etwa 150 tote Zivilisten, 16 Stück Großvieh, 1 LKW, 5 italienische Karabiner, eine italienische MP."

"Deutsches Kärnten"
"Nemška Koroška"

Mit dem völkischen Deutschnationalismus als grundlegende Ideologie der Ulrichsberggemeinschaft, bzw. ihrer Mitgliedsorganisationen, kommt die Paranoia vor allem Slowenischen. Die zweisprachige Realität können die VertreterInnen eines "deutschen Kärntens" nicht anerkennen. Erbittert wird jede zweisprachige Ortstafel bekämpft. Bis heute wurden die rechtlichen Verpflichtungen Österreichs gegenüber den Kärntner SlowenInnen nicht eingelöst (Staatsvertrag Art 7), wird zweisprachiger Unterricht an den Schulen hintertrieben und die slowenische Sprache bekämpft.

Die revisionistischen Geschichtsdeutungen, wie sie unter anderem am Ulrichsberg verbreitet sind, wie sie aber auch in vom Land Kärnten betreuten Wanderausstellungen verbreitet werden, bemühen immer wieder das Feindbild der "Tito-kommunistischen Partisanen". Der politische Kampf der PartisanInnen gegen den Nationalsozialismus wird von den VerteidigerInnen der Deutschen Wehrmacht zu einer Kette von angeblich jugoslawisch-nationalistisch inspirierten Verbrechen umgelogen – da klingt noch die "Bandenbekämpfung" der nationalsozialistischen Propaganda nach. FPÖ-Landeshauptmann Haider weigerte sich schlichtweg Kärntner WiderstandskämpferInnen das vom Bund verliehene "Ehrenzeichen um die Befreiung Österreichs" zu überreichen.

Die PartisanInnen waren nicht nur antifaschistische KämpferInnen, sie waren auch die Rettung für einige Gefangene, denen die Flucht aus dem KZ Loibl – einem Außenlager von Mauthausen – gelang. Die KZs Loibl Süd und Nord waren eingerichtet worden um Sklavenarbeiter für den Bau des Loibl-Tunnels bereitzustellen. Wer nicht mehr arbeiten konnte wurde zumeist zu Tode geprügelt oder durch Benzininjektionen ermordet. Während auf der jugosla- ▶

► wischen / slowenischen Seite der Grenze bereits kurz nach Kriegsende eine Gedenkstätte für die Opfer eingerichtet wurde, erinnert in Österreich erst seit 1995 eine von der Initiative "Mauthausen aktiv Kärnten / Koroška" angebrachte Tafel an die Sklavenarbeiter, die diesen Tunnel graben mussten.

Während der bewaffnete antifaschistische Kampf der PartisanInnen in völlig verzerrter Form im "deutsch-kärntner" Geschichtsbewusstsein instrumentalisiert wird, werden andere Kapitel der slowenischen Geschichte Kärntens völlig verschwiegen - die "Aussiedlung" von ca. 1000 Kärntner SlowenInnen am 14. / 15. April 1942 etwa. Binnen einer Stunde mussten die Menschen ihre Häuser verlassen, sie wurden zunächst nach Ebental gebracht, mussten dort die Übergabe ihres Vermögens bestätigen, erhielten eine Nummer statt ihres Namens und wurden weiter in Lager ins "Altreich" geschickt. Diese Opfer sind ebenso wenig Teil des "deutsch-kärntner" Gedächtnisses, wie die Toten vom Peršmanhof, wo eine SS-Polizeieinheit noch am 25. April 1945 ein Massaker verübte, dem 11 Menschen zum Opfer fielen.

Keine Entschädigung für die Opfer
Ni odškodnine za žrtve

Während die Mörder von einst strafrechtlich nicht verfolgt wurden und ihre "Dienstjahre" für ihre Pension anrechnen können, wird die Entschädigung von NS-Opfern in Österreich bis heute



Der "Ehrenhain"

verzögert. Wehrmachtsdeserteure werden bis heute vom österreichischen Staat nicht als Opfergruppe anerkannt, sondern müssen individuell nachweisen, dass sie aus "politischer" Überzeugung Widerstand geleistet haben und - im Rahmen eines verbrecherischen Krieges - nicht "bloß" aus "Drückebergerei" und soldatischer "Ehr- und Pflichtverletzung".

Opfer von Wehrmachtsverbrechen haben bis heute zumeist gar keine Chance Entschädigungen zu bekommen, da solche "Kollateralschäden" an ZivilistInnen ins offizielle Geschichtsbild von Soldaten die ihrer "Ehre und Treue" verpflichtet sind – wie dies beim Ulrichsbergtreffen der Fall ist – keinen Platz finden können. Aber auch, weil die Länder der Täter - Österreich und Deutschland - nicht bereit sind für die Verbrechen der Wehrmacht Verantwortung zu übernehmen.

Kein Vergeben, kein Vergessen!

Wir rufen alle AntifaschistInnen und AntimilitaristInnen zur Teilnahme an den geplanten Protestveranstaltungen gegen die Traditionspflege der "Heimkehrer" auf. Vom 16. bis zum 18. September 2005 wollen wir dazu beitragen, dass dieses Soldatentreffen gebührend gewürdigt wird!

Proti revizionističnim mitom o žrtvah!
Za razpustitev srečanja na Ulrichsbergu!
Za kaznovanje zadnjih živih vojnih zločincev!
Za takojšnjo rehabilitacijo dezerterjev "wehrmacht-a"!
Za takojšnjo odškodnino vsem NS-zrtvam!

Gegen revisionistische Opfer-Mythen!
Für die Auflösung des Ulrichsbergtreffens!
Für die Bestrafung der letzten lebenden Kriegsverbrecher!
Für die sofortige Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure!
Für die sofortige Entschädigung aller NS-Opfer!

Mir, katerega menijo Srečanje na Ulrichsbergu

Der Friede, den sie meinen Das Ulrichsbergtreffen

Srečanje na Ulrichsbergu je v zadnjih desetletjih moralo dobiti nov smisel in nove vsebine, saj so stari veterani pomrli, stare "vrednote" je bilo težko posredovati in ohraniti novim generacijam, predvsem v času svobodne, mirne in zedinjene Evrope. Torej so postali veterani nemške uničevalne vojske kar prvoborci za skupno Evropo. Druga svetovna vojna, ki jo je sprožila Nemčija, je postala potemtakem borba proti boljševizmu. "Aktualnost" spominskega mesta Ulrichsberg prikazuje od 2003 naprej spominska plošča, ki je posvečena avstrijskim vojakom, ki so padli v službi misije Organizacije zedinjenih narodov.

KHD in KAB se razumeta javno kot društvi za čisto negovanje tradicije, vendar ne moreta prikriti svojega vpliva in kontaktov preko koroških meja.

Das 1958 erstmals initiierte Ulrichsbergtreffen musste sich in den letzten Jahrzehnten einer Neubewertung unterziehen. Eine Zäsur schien notwendig, da das pure Heldengedenken für die Gefallenen im sogenannten Kärntner Abwehrkampf 1918-1920 und die direkte Verbindung mit einem offiziösen Trauern um die gefallenen Soldaten der deutschen Wehrmacht und SS-Verbände doch selbst den alten Kämpfern, angesichts evidenten Wegsterbens der "Erlebnisgeneration", schwer vermittelbar erschien. Um im neurechten Diskurs einen zukunftsweisenden Gehalt zu thematisieren, besann sich die Ulrichsberggemeinschaft auf den schönen Klang des Friedens, der am 1015m hohen Berg in der Errichtung der "Friedensgedenkstätte Ulrichsberg" gipfelte. Das 20m hohe Kreuz auf der Kuppe des Ulrichsberg diente damit nicht länger allein der Huldigung der gefallenen Kameraden. In das Muster von Helden- und Märtyrerverehrung woben sich in den letzten Jahren verstärkt die Bezüge zu Frieden und Europa ein. Die beiden Motive NS-Heldengedenken und Thematisierung von neurechten Diskursen gehen dabei am Ulrichsberg prima Hand in Hand. Zum einen gilt es, die eigenen Opfer und das Gedenken an die gefallenen Kameraden zu legitimieren, zum anderen darum, nationale Inhalte in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Schon die Waffen-SS hätte demnach die Errichtung eines freien, friedlichen und geeinten Europas zum Ziel gehabt. Die Veteranen des deutschen Vernichtungskrieges werden somit zu Vorkämpfern für ein friedliches Europa umgedichtet, der von Deutschland begonnene 2. Weltkrieg wird in dieser Lesart zum Abwehrkampf gegen den drohenden Bolschewismus. Mit der Reaktivierung antikommunistischer Ängste gelingt es den alten und jungen Recken, eine neurechte Thematik zu nutzen. Die erbrachten Opfer der deutschen Soldaten und der Abwehrkämpfer waren demnach nicht umsonst, sie starben für ein höheres Ideal, den antikommunistischen Abwehrkampf. Welcher Idee dieses Ideal entsprang, kann unerwähnt bleiben. Es ist erlaubt, vom Nationalsozialismus zu schweigen, wo über den Bolschewismus geschrieen wird. Was gemeint ist, wenn von der Hitler-Wehrmacht als Vorkämpfer für den Frieden und ein geeintes Europa vom Atlantik bis zum Ural schwadroniert wird, ist allen Beteiligten am Ulrichsberg trotzdem klar. 2000 sprach Jörg Haider in seiner Rede am Ulrichsberg davon, dass gerade die Generation, die den Krieg nicht nur erlebt, sondern auch erlitten hätte, aktiv und konsequent am Frieden in Europa mitarbeiten würde. Erlitten wurde der Krieg laut dieser Diktion nicht von den tatsächlichen Opfern der Wehrmacht, sondern von den Angehörigen der selben, so als wäre der Krieg eine entfesselte Gewalt, der alle Menschen im gleichen Maße ausgeliefert gewesen wären. Die Shoa und die von Nazi-Deutschland als immanente Bestandteile des Kampfes geplanten und ausgeführten Kriegsverbrechen werden in den Reden am Ulrichsberg beredt verschwiegen. Als die Klagenfurter Historikerin Claudia Fräss-Ehrfeld in einer Ansprache am Ulrichsberg die Schuld der deutschen Wehrmacht im Vernichtungskrieg ansprach, verließen TeilnehmerInnen die Veranstaltung unter Protest.

In einem Teil der Gedenkstätte hängt seit 2003 eine Erinnerungstafel für die im Einsatz bei UNO-Missionen gefallenen österreichischen Soldaten. Neben den vom Staatsschutz zwar beanstandeten, aber nicht abmontierten Tafeln, auf denen u.a. der Leitspruch der SS "Unsere Ehre heißt Treue" zu lesen ist. Die Ulrichsberggemeinschaft versucht, über eine Bezugnahme auf soldatische Pflichten, Ehre und Vaterlandsliebe eine Universalisierung des deutschen Soldaten und insbesondere des SS-Angehörigen vorzunehmen, der im Kontext seiner Zeit zu sehen wäre und dem angeblich nur die Erfüllung seiner soldatischen Pflichten etwas galt. Ein neo-nazistischer Besucher kommen- ▶

tierte diese neue Tafel mit den Worten: "(sie) schlug eine bewegende Brücke in das Kriegsgeschehen der Gegenwart". Als praktischer Mehrwert ergibt sich aus der Verbindung von Friedensthematik und dem Gedenken um die Gefallenen von Wehrmacht und SS die Möglichkeit, NS-Verherrlichung quasi als nachgeborene StellvertreterInnen der alten Kameraden zu betreiben. So stilisiert sich Jörg Haider gerne selbst als "Abwehrkämpfer", und der skandinavische Rechtsextremist Claus Ibsen, Jahrgang 1949, Sohn eines dänischen SS-Freiwilligen, wirkt am Ulrichsberg als Sprecher des "Veteranenvereins ehemaliger dänischer Freiwilliger". Gänzlich Familienangelegenheit ist das jährlich stattfindende Treffen für den amtierenden Klagenfurter Bürgermeister Harald Scheucher (ÖVP). Auf Initiative seines Vaters, Blasius Scheucher, wurde die Gedenkstätte zu Pfingsten 1959 eingeweiht. Scheucher erinnerte bei einer Festrede 1999 daran, dass es sein Vater gewesen sei, der das 20m hohe Kreuz errichten ließ. Daher sähe er den Berg als ein Stück Erbe, das er mit Zähnen und Klauen verteidigen würde. Die zwei Jahre zuvor stattgefundene Aktion der antifaschistischen Gruppe "Z.A.L.A." bezeichnete er im selben Atemzug als eine "Orgie des Hasses und der Gewalt".

Gruppen und Organisationen am Ulrichsberg

Ein Vorläufer des Vereins für die Heimkehrergedenkstätte Ulrichsberg (Ulrichsberggemeinschaft) gründete sich im Jahr 1953 (noch unter anderem Namen). Seit 1958 gilt es auf dem Treffen im Herbst, die gefallenen Kameraden, denen eine "Heimkehr" versagt blieb, zu betrauern. Dass sich diese Trauer nicht auf Wehrmachtsangehörige beschränkt, sondern auch die Gefallenen der SS mit einschließt, ist eine Selbstverständlichkeit für die Ulrichsberggemeinschaft. Wo vom deutschen Soldaten die Rede ist, ist gleichbedeutend auch immer der SS-Mann gemeint. Die Kameradschaft IV als rechtsextreme Veteranenorganisation der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Ulrichsberggemeinschaft. Norbert Rencher, Chronist der Gemeinschaft, hält fest, dass die Kameradschaft IV auf organisatorischem Level "wesentlich zur Erweiterung der Heimkehrer- zur Europagedenkstätte Ulrichsberg beigetragen hat". Der Name bezieht sich auf die Selbstdarstellung der K IV, die die Waffen-SS als vierten Teil der Wehrmacht und damit als unbedenkliche Organisation darzustellen versucht. Dabei fungiert sie als Schnittstelle der verschiedenen europäischen SS-Veteranen-Verbände, von denen seit Bestehen des Treffens jährlich Delegationen aus Deutschland, Norwegen, Belgien, Finnland, Frankreich, Schweden, Dänemark, Italien und den Niederlanden anreisen. In der Zeitung der K IV, "Die Kameradschaft", wurde wiederholt die Leugnung und Relativierung der Shoa betrieben. So hieß es in einer Ausgabe aus dem Jahr 1981: "Die Untersuchung, die ich seit einem Jahr vorgenommen habe, hat mir bewiesen, dass die Anschuldigungen des Völkermordes in Gaskammern von 6 Millionen meiner Stammesgenossen absolut falsch ist. In Wirklichkeit sind während des Krieges 800 000 Juden durch Kriegshandlungen zu Tode gekommen (eingeschlossen jene der Konzentrationslager), während 10 Millionen Deutsche gestorben sind (...)." (Die Kameradschaft, 4/1981, S.4)

Beste Kontakte pflegt die Kameradschaft IV zur HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS), die kontinuierlich zum deutschen Reise-Kader zählt. Diese feierte Ende Mai ihr 55-jähriges Bestehen in Büchen, östlich von Hamburg. Im Geschichtsbild der HIAG wiederholen sich die Legitimierungs-

Ritterkreuzträger



Einige tausend "verdiente Kämpfer" der nationalsozialistischen Diktatur wurden mit dem Ritterkreuz für "besondere Tapferkeit vor dem Feind" und "hervorragende Truppenführung" dekoriert. Da der Krieg länger dauerte als erwartet, wurde das Ritterkreuz sukzessiv um drei höhere Klassen erweitert. Zum Ende des 2. Weltkrieges wurde noch eine fünfte Klasse hinzugefügt, die nur einmal vergeben wurde, und zwar an Hans-Ulrich Rudel, einen fanatischen Nazi, der an den Überfällen auf Polen und die Sowjetunion beteiligt war. Rudel wurde nach 1945 bald aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. Daraufhin überquerte er die Grenze zu Österreich und landete schließlich in Buenos Aires. Nach dem Putsch von Pinochet ließ er sich in der Colonia Dignidad nieder. Nach dem Krieg machte er Schlagzeilen, indem er Wehrmachtsoffizieren und NS-Funktionären Unterschlupf bot.

Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland arbeitete Rudel in der rechtsgerichteten Deutschen Reichspartei (DRP) mit. Zum Eklat kam es, als während seiner Beisetzung als Ehrenbezeugung Jagdflugzeuge der Luftwaffe (Bundeswehr) das Grab überflogen.

Diverse Traditionsverbände, z.B. die 1955 von Generaloberst Alfred Keller gegründete "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes e.V. (OdR)" widmen sich" dem Ansehen und der Ehre deutschen Soldatentums, in dessen unwandelbaren Tugenden das Pflichtbewusstsein, die Opferbereitschaft und die Kameradschaft gewahrt sind" und die Veteranen ziehen sich darauf zurück, sie hätten als tapfere Soldaten Deutschland gedient und nur ihre Pflicht getan. In der Zeitschrift "Ritterkreuz" heißt das dann: "...es muß uns mit Schmerz erfüllen, daß Ostpreußen, Ostpommern, Brandenburg und Schlesien polnisch besetztes Gebiet bleiben werden. Aber in unseren Herzen wird immer ein Licht brennen, daß dieses deutsche Land nicht ewig von uns getrennt sein wird." zitiert nach Jungle World 44/1997

Aktive und ehemalige Bundeswehrangehörige würdigen – trotz offiziellen Kontaktverbots - noch heute die Leistungen der Ritterkreuzträger: "Sie, die Träger des Ritterkreuzes, waren nach Leistung, Erfolg und Haltung im Gefecht die Elite der Wehrmacht und der Waffen-SS. Und das Gefühl, dies gewesen zu sein, darf Ihnen kein Neid, keine Schmähung und kein politisch-historischer Vorbehalt nehmen. Ich verneige mich vor Ihrer Lebensleistung." zitiert nach rbb, "kontraste", 28.10.2004

Quellen:
www.h-ref.de
kontraste-Sendung zum 50-jährigen Jubiläum der OdR
Jungle World 44/1997

muster der Ulrichsberggemeinschaft. So wäre der Überfall auf die Sowjetunion notwendig geworden, um einem Angriff zuvorzukommen. Durch diesen wäre Europa vor dem Bolschewismus bewahrt geblieben. Am traditionellen "Europaabend" in Krumpendorf bleiben die SS-Kameraden und Kameradenfrauen für gewöhnlich unter sich.

Die Kärntner Organisationen KHD (Kärntner Heimatdienst) und KAB (Kärntner Abwehrkämpferbund) geben sich offiziell als reine Traditionspflegevereine. Der KHD, gegründet 1955 (andere Quellen 1957), überschätzt sich dabei schon einmal grob in seinen Mitgliederzahlen. So seien laut eigenen Angaben 100 000 heimattreue KärntnerInnen in den eigenen Reihen organisiert, tatsächlich dürfte sich die Zahl laut "Kärntner Nachrichten" auf ca. 8000 Mitglieder belaufen. Laut dem Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus muss der KHD vor allem wegen seiner Etablierung in Kärntens politischer Landschaft als wichtige Vorfeldorganisation des Rechtsextremismus betrachtet werden. Dabei gehen die Kontakte und Einflussnahmen über Kärntens Grenzen hinaus. In der Minderheitenpolitik besitzt der KHD auch auf Bundesebene eine hohe Wirkungsmacht, enge Bindungen zu ParteipolitikerInnen der ÖVP, SPÖ und FPÖ-BZÖ ermöglichen den AktivistInnen in den Gremien und in deren Hinterzimmern ein Mitspracherecht in der Gesetzgebung. Als bestes Beispiel muss nach wie vor der als Ortstafelsturm bekannt gewordene, gewalttätige Widerstand gegen die verfassungsmäßige Errichtung zweisprachiger Ortstafeln 1972 gelten. Die Traditionspflege des KHD speist sich zu einem Großteil aus der Ablehnung und Bekämpfung all dessen, was als slowenisch verstanden und damit als "heimatfremd" oder "titopartisanisch" gebrandmarkt wird. Dass die Organisation im direkten Fahrwasser des 1945 verbotenen Kärntner Heimatbundes (KHB) schwimmt, wird von den VertreterInnen vehement bestritten. Trotz der positiven Bezugnahme auf den Nationalsozialismus und dessen prominente Köpfe in Kärnten wurde deshalb 1987 die so genante Schwurhand (das Erkennungszeichen der Kärntner Abwehrkämpfer) als Symbol des KHD fallengelassen.

Der Kärntner Abwehrkämpferbund fungiert als Schnittstelle zwischen dem KHD und der Kameradschaft IV. Als Organisation der Veteranen (und inzwischen vor allem deren Nachkommen bzw. von "Bekenntnis-AbwehrkämpferInnen") des so genannten Kärntner Abwehrkampfs, pflegt der KAB die deutschnationale Bezugnahme auf die Jahre, die nicht nur Rechtsextremen als Kärntens glorreichste gelten.

Neben den genannten Veteranenverbänden und den "Traditionsverbänden" an Kärntens rechtem Zipfel, nahmen in den letzten Jahren vermehrt Personen aus dem Umfeld der freien Kameradschaften Österreichs und Deutschlands teil.

SPÖ, ÖVP & FPÖ - BZÖ und ihr Verhältnis zum Ulrichsbergtreffen

Die Beziehungen zwischen der Ulrichsberggemeinschaft und den drei Parteien SPÖ, ÖVP und FPÖ - BZÖ können am Treffendsten wohl als Naheverhältnis beschrieben werden. Dies lässt sich bei weitem nicht auf oft zitierte Ansprachen des Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider beschränken. Vielmehr ließen es sich Kärntner Politiker aller drei Parteien nicht nehmen, beim Ulrichsbergtreffen als Festredner aufzutreten oder zumindest an den Gedenkfeierlichkeiten teilzunehmen. In den 80er und 90er Jahren nahmen auch immer wieder Bundespolitiker und Regierungsmitglieder am Treffen am Ulrichsberg teil. Offensichtlich ist es der Gemeinschaft gelungen, die Friedens- ▶

Quelle: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands
Gesellschaft für die Heimkehrergedenkstätte Ulrichsberg (Ulrichsberggemeinschaft) - gegründet 1958
Obmann: Obstlt. Peter Steinkellner
Vorstand: Wolf-Dieter Ressenig, Bgm. Dkfm. Harald Scheucher, Ewald Wiedenbauer, Walter Ebner
Präsident: LH-Stv. a. D. Rudolf Gallob
Vizepräsident: Engelbert Tautscher, Generalmayor Gerd Ebner
Präsidium (Stand 2004): Thilo Berlin, DI Peter Goess, Bgm. a. D. HRMag. Leopold Guggenberger, Dr. Leopold Goess
Funktionäre: Mag. Herbert Haupt, Wolfgang Rupacher, Hilde Sladek, Bernhard Kiendl, Oberst Erich Blüml, Heinz Stritzl, Prof. Bernhard Kraschl, Ing. Alois Weinzettl, Vizelt. Hermann Kothmaier, Vizelt. Adolf Walder, Alfred Friesenegger, Dr. Georg Schuchlenz, Dkfm. Franz Sladek, Vizelt. Friedrich Schüttelkopf, Norbert Rencher, Ing. Sepp Prugger, Dir. Karl Semmelrock, Dr. Peter Mussi, Oberst i. R. Prof. Hans Hirn, Dir. i. R. Paul Rösch, Oberst i. R. Emil Stanzl, Landtagspräsident a. D. Josef Schantl, Korpskommandant i. R. Gen. Max Liebminger, LH-Stv. a. D. Dkfm. Dr. Walther Weißmann
Aktivitäten: Jährlich findet Anfang Oktober (seit 2004: Mitte September) am Ulrichsberg eine Gedenkfeier für gefallene Soldaten statt, an der auch ehemalige SS-Angehörige aus dem In- und Ausland in großer Zahl teilnehmen. Als Festredner der Ulrichsbergfeiern fungierten: 1984 LH Leopold Wagner; 1985 LR Dr. Jörg Haider; 1986 LH-Stv. Rudolf Gallob; 1987 LH-Stv. a. D. Dipl. Ing. Dr. Walther Weißmann; 1988 LH-Stv. Dkfm. Harald Scheucher; 1989 Bundesminister Dr. Robert Lichal; 1990 LH Dr. Jörg Haider; 1991 LH Dr. Christof Zernatto; 1992 Landtagspräsident a. D. ÖR Rudolf Tillian; 1993 Landtagspräsident Franz Wegart; 1994 Prof. Dr. Felix Ermacora (†); 1995 Bundesminister Dr. Werner Fasslabend; 1996 Dr. Otto Keimel; 1997 Div. Gerd Ebner; 1998 LH Dr. Christof Zernatto; 1999 Dkfm. Harald Scheucher; 2000 LH Dr. Jörg Haider; 2001 Prof. Dr. Georg B. Oschatz; 2002 LH-Stv. a. D. Rudolf Gallob; 2003 Dr. Claudia Fräß-Ehrfeld; 2004 Labg. Martin Strutz
Kontakte: Inland: ÖKB, "Kameradschaft IV", KHD, "Deutsche Burschenschaft in Österreich", Teilnahme von Landespolitikern aller im Kärntner Landtag vertretenen Parteien an den Ulrichsbergfeiern
Ausland: "Europa-Burschenschaft Arminia zu Zürich", "Sint Maartensfonds Flandern"; zu den Ulrichsbergfeiern kommen Gruppen aus der BRD, aus Norwegen, Belgien, Finnland, Frankreich, Schweden, Dänemark, Italien und den Niederlanden.
Charakteristik: Die "Ulrichsberggemeinschaft" ist eine traditionspflegerische Organisation, in der Funktionäre der rechtsextremen SS-Veteranenorganisation "Kameradschaft IV" tonangebend sind. Im Rahmen des Ulrichsbergtreffens, welches immer wieder auch Neonazis anzieht, werden von ehemaligen SS-Angehörigen des In- und Auslandes Kameradschaftsabende abgehalten. In Reden und Referaten wird meist die Rolle der deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg unter Einschluss der SS-Angehörigen positiv dargestellt und der verbrecherische Charakter der hitlerdeutschen Kriegsführung geleugnet. Die Teilnahme von Landes- und Bundespolitikern soll der demokratischen Legitimierung dienen. Nicht zuletzt als Folge der Kritik an der politischen Stoßrichtung des Ulrichsbergtreffens ist man seit Ende der '90er Jahre seitens der Verantwortlichen um politische Mäßigung bemüht. Gegen heftigen Widerstand rechtsextremer Kreise wird versucht, das Ulrichsbergtreffen auch für Kärtner Slowenen und ehemalige "Feinde" zu öffnen.

▶ und Europathematik glaubhaft an die zu verkaufen, die es nur allzu gerne glauben wollen. Allerdings wird auch das eigentliche Anliegen der Ulrichsberggemeinschaft von den PolitikerInnen der etablierten Parteien aufgegriffen. Bundesbautensprecher Otto Keimel sprach 1996 am Ulrichsberg; seinem Ärger über eine angeblich diffamierende Darstellung der Wehrmacht machte er aber schon im Vorfeld Luft. Anlässlich der Ausstellungseröffnung "Verbrechen der Wehrmacht 1941-45" in Klagenfurt sprach er von der "Arroganz der späten Geburt", die Mehrheit der Soldaten hätte mit den Verbrechen nichts zu tun gehabt, und das Ulrichsbergtreffen sei in Wahrheit eine Friedenswallfahrt zur Versöhnung ehemaliger Gegner. Da 2002 der ursprünglich als Festredner vorgesehene damalige Verteidigungsminister Scheibner (FPÖ) verhindert war, sprang der ehemalige Landeshauptmannstellvertreter Rudolf Gallob (SPÖ) in seiner Eigenschaft als Präsident der Ulrichsberggemeinschaft ein. 1995 hatte es noch mit einem Verteidigungsminister geklappt, als sich Werner Fasslabend (ÖVP) die Ehre gab. In den letzten Jahren sprachen des weiteren der ehemalige SPÖ-Landtagspräsident Rudolf Tillian (1992), FPÖ-Landeshauptmann Jörg Haider (1990, 2000), Herbert Haupt (FPÖ, damaliger dritter Nationalratspräsident, 1995). Herbert Haupt sagte im letzten Jahr übrigens kurzfristig ab.

Der vorgegebene Brückenschlag

Nachdem 1997 einige Gedenktafeln übermalt oder zerstört wurden, kam es in Kärnten zu einer unverhältnismäßigen Repression. Der damalige Kärntner Polizeipräsident hatte Fotos aus dem "linken universitären Eck" anzubieten und die Tatsache, dass sich die AktivistInnen nach einer noch lebenden Partisanin benannten, bewirkte einen so hohen öffentlichen Druck, dass diese sich von der Aktion distanzieren musste. Ein vom ehemaligen Kärntner Landeshauptmann Christof Zernatto (ÖVP), selbst 1991 Redner am Ulrichsberg, einberufener "Expertengipfel" führte im selben Jahr zu einem einzigen Ergebnis - alles bleibt beim Alten. Selbst eine generalisierende Gedenkstätte für alle Opfer von Gewalt, Krieg und Diktatur wurde abgelehnt. Die Ulrichsberggemeinschft ließ verlauten, dass diese ja an anderer Stelle entstehen könnte. ■

Ljubelj - "Pozabljeno" koncentracijsko taborišče

Od leta 1943 naprej je bila v bližini Celovca podružnica koncentracijskega taborišča Mauthausen. Na stotine ujetnikov je moralo pod mučenjem kopati predor tunel skozi Ljubelj. Na Koroškem se tega le malokdoželi spominjati.

Loibl KZ - Das "vergessene" Konzentrationslager[1]

Ab dem Jahr 1943 gab es in der unmittelbaren Nähe von Klagenfurt ein Außenlager des Konzentrationslagers Mauthausen. Hunderte Gefangene mussten unter Folter einen Tunnel durch den Loibl treiben. Erinnern will sich in Kärnten kaum jemand daran.

Aufgrund von strategischen Überlegungen und um von den Vertreibungen der SlowenInnen abzulenken, sowie um einen wirtschaftlichen Umschwung im von hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Kärnten herbeizuführen, schien dem NS-Regime ein Straßenausbau Richtung besetztes Jugoslawien opportun. Zusätzlich drängte Gauleiter Friedrich Rainer auf einen raschen Baubeginn des Tunnels durch den Loibl. Diesem Drängen wurde stattgegeben, wohl auch um den treuen Gau ein weiteres Mal auszuzeichnen, waren doch Deutschnationalismus und "Anschluß"bestrebungen seit den 20er Jahren fixer Bestandteil jeglicher Politik in Kärnten, die NS-Ideologie breit aufgenommen und von vielen "alten Kämpfern", meist ehemaligen "Abwehrkämpfern", gestützt.

Bereits im Mai 1941 wurde die Klagenfurter Baufirma Raubal unter der Führung der SS-Organisation Todt[2] mit den Bauvorbereitungen beauftragt.

Am 30. Juni 1942 wurde das in Podljubelj errichtete Lager für zivile Arbeitskräfte von der PartisanInneneinheit Osvobodilna Fronta (OF - Befreiungsfront der Kärntner PartisanInnen) abgebrannt. Aufgrund dieser Aktion sahen sich die Nationalsozialisten veranlasst eine Militäroperation unter dem Namen "Enzian" gegen WiderstandskämpferInnen und deren Familien in der Oberkrain durchzuführen.

Zu Beginn des Jahres 1943 schloss die SS-Organisation mit dem Generalunternehmen Universale Hoch & Tiefbau AG Verträge für Baumaßnahmen am Loibl ab. Die SS verpflichtete sich dazu, hierbei das benötigte "Menschenmaterial" bereitzustellen; das Generalunternehmen dazu, dass der Tunnel im Oktober 1945 fertiggestellt sei.

Im Mai '43 begann die SS, ein "Lager der Waffen-SS" auf einem enteigneten Grundstück[3] in der Nähe der Kirche "Sveta Ana" zu errichten. Am 29. März begannen Zivilarbeiter mit dem Tunnelanschlag am Südportal des Loibltunnels. In der Zwischenzeit selektierte die SS im Konzentrationslager Mauthausen die ersten Häftlinge für das so genannte Kommando X. 330 Menschen wurden "ausgewählt" und im Juni in das Südlager deportiert. Männer der 3. SS/T. Sturmbann Mauthausen und Polizisten der Einheit Alpenland übernahmen die Bewachung. Die Häftlinge wurden zuerst zum Ausbau des Lagers und zum Bau der Zufahrtsstraße zum Tunnelnordportal gezwungen. Hierzu mussten sie über den Pass nach Kärnten marschieren.

Im Sommer 1943 begannen laut dem

Augenzeugen Stanislaus Tschaschl ca. 40 vom Südlager kommende Häftlinge mit Rodungsarbeiten. Dies mussten sie teilweise mit ihren bloßen Händen erledigen, wie sich der Augenzeuge erinnert: "... Beim Fällen der Bäume waren es so viele, dass sie einen ganzen Baum auf ihren Schultern wegtragen konnten. Und andere mussten wieder die Baumstümpfe samt den Wurzeln ausgraben. Sie hatten wohl diese Eisenstangen, oft mussten sie mit den Händen, ohne Werkzeug, anpacken."[4] Im Oktober wurden die ersten Häftlinge in das Nordlager verlegt. Aufgrund der noch schlechteren Arbeits- und Witterungsbedingungen dort, hatte die Verlegung den Charakter einer Bestrafung.

Im September waren bereits 680 Häftlinge auf der "Baustelle des Todes", wie das Lager auch genannt wurde, eingesetzt. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten auch ca. 664 zivile Arbeiter am Loibl. Im Laufe des Jahres schlossen sich jedoch viele dem PartisanInnenwiderstand an.

Folterungen am Loibl
Die Häftlinge litten aber nicht nur unter den unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Zusätzlich wurden sie von den SS-Bewachern und im Speziellen von den Lagerkapos, gefoltert. So starteten diese im Sommer '43 sogenannte "Corridas". Das waren Prügelexzesse mit sandgefüllten Gummischlauchenden. Die Folterungen nahmen solche Ausmaße an, dass sich die zivile Bauleitung beschwerte, weil die Arbeitskraft der Zwangsarbeiter litt. Die Folge war die Ablösung des Lagerkommandanten Ludolph. Die Quälereien blieben jedoch auch unter dem neuen Kommandanten Winkler bestehen. Zeitzeugen sprechen sogar von einer Verschlechterung der Situation. Dazu sagte am 4. Juni 1947 Blockkapo Max Skride während seiner Vernehmung: "... Untersturmführer Ludolph ... befahl, die Häftlinge aufs strengste zu behandeln und ihnen keine Erleichterungen zu gewähren. Er befahl uns persönlich, die Häftlinge zu misshandeln. Zu der Zeit wo Ludolph Lagerführer war, wurden Häftlinge so geschlagen, dass sie arbeitsunfähig wurden. .... Ludolph wurde nach Mauthausen versetzt und durch Winkler ersetzt. Das Schlagen der Gefangenen dauerte auch unter Winkler an doch war Winkler kein so grausamer Typ wie Ludolph.
Es galt als stehender Befehl, dass die Capos und Blockältesten die Häftlinge zu schlagen hatten, und Rapportführer Goggel ließ zu diesem Zweck Gummischlauch-Enden beschaffen".[5]

Zusätzlich zu Winkler wurde auch ein neuer Lagerarzt in das Südlager versetzt, SS-Haupsturmführer Dr. Sigbert Ramsauer. Dieser war für die Rücktransporte der "Arbeitsunfähigen" (Kranke und Verletzte, bei denen er keine Heilungschance sah oder Menschen, die länger als eine Woche krank waren) verantwortlich. Sie wurden nach Mauthausen zurückgebracht, was einem Todesurteil gleichkam. Die Zwangsarbeiter, die seiner Meinung nach einen Rücktransport nicht überlebt hätten, bekamen eine Herzinjektion mit Benzin. "Schönes Sterben" nannte der Lagerarzt diesen Vorgang. Zeitzeugen sprechen von 33 so durchgeführten Morden.

Innerhalb des Lagers gründete sich eine Widerstandsgruppe, die mit Hilfe des Zivilarbeiters Janko Tišler mehrere Fluchtversuche startete, von denen 24 von Erfolg gekrönt waren, 5 Versuche scheiterten. Auch konnten Briefe für die Häftlinge im Tunnel versteckt werden, sodass ein gewisser Kontakt zur Außenwelt vorhanden war. In der Zwischenzeit ging auch der Tunnelausbau zügig voran. So gelang im Dezember der Durchbruch eines 2x3 Meter großen Tunnelstollens, der Ausbau wurde in Folge brutal vorangetrieben.

Die SS-Bewacher überlegten sich im Sommer 1944 weitere Quälereien. Sie veranstalteten sogenannte Sportspiele. Hierbei mussten die entkräfteten Häftlinge Faustkämpfe gegeneinander austragen oder Fußball spielen. Diese der Belustigung der Wachmannschaften ▶



Der "Dank" an die Garnisonsstadt Klagenfurt

1940 wurde im Stadtteil Lendorf bei Klagenfurt / Celovec eine SS-Kaserne errichtet (die heutige Khevenhüllerkaserne). Zusätzlich wurde auf dem Gelände eine von insgesamt 4 SS-Junkerschulen errichtet, eine Elite-Schule für SS-Offiziersanwärter. Treu dem SS-Spruch "SS-Mann, deine Ehre heißt Treue" wurden die Anwärter zum absoluten Kadavergehorsam gegenüber Hitler bis in den Tod erzogen. Ziel der Schule war die totale Identifikation mit den ideologischen Grundpfeilern des SS-Staates.

Auf dem Gelände befand sich zudem ab September '43 bis zum Kriegsende ein Außenkommando des KZ Mauthausen. 80 bis 130 KZ-Häftlinge mussten hier und in der Stadt Klagenfurt / CelovecZwangsarbeit leisten.

Auf 3 "Gedenktafeln" findet sich ein "Dank an die Garnisonsstadt Klagenfurt". Die erste Tafel "ziert" der abgewandelte SS-Spruch "Des Soldaten Ehre ist seine Treue". Was darauf schließen lässt, dass sich hier ehemalige Mitglieder der Waffen-SS "dankbar" an ihre Zeit in Klagenfurt / Celovec erinnern.

"Positiv" an die Garnisonsstadt erinnert sich auch die K IV. Schreibt sie doch in einem offenen Brief: "Klagenfurt war im Krieg Garnisonsstadt (Lendorf) für viele Kriegsteilnehmer aus dem gesamten Europäischen Raum. Diese jungen Freiwilligen aus den nördlichen und westlichen Staaten stellten sich der Fronttruppe der Waffen-SS auf Grund ihrer Grundeinstellung im Kampf gegen den Bolschewismus zur Verfügung. ..."

▶ dienenden Folterungen wurden an den "arbeitsfreien" Tagen abgehalten. Im Winter '44/45 hatten die Gefangenen trotz totaler Entkräftung den Tunnelausbau soweit vorangetrieben, dass die ersten Wehrmachtsfahrzeuge den Tunnel passieren konnten.

Aufgrund des immer stärker werdenden PartisanInnenwiderstandes musste am 15. April 1945 das Nord-Lager geschlossen werden. Die Gefangenen wurden in das Südlager verlegt. Am 7. Mai wurden zudem 76 Häftlinge aus der SS-Junkerschule in Klagenfurt / Lendorf auf den Loibl transportiert. Damit waren insgesamt 1115 Häftlinge im Südlager interniert. Noch am selben Tag marschierten sie unter der Führung von 40 SS-Männern, welche die Häftlinge als Schutzschild gegen PartisanInnen missbrauchten, durch das Loibltal. Am nächsten Tag wurden die Häftlinge von PartisanInneneinheiten befreit, ihre "SS-Bewacher" festgenommen.

Die Folgen für die Täter

Am 10. November 1947 verurteilte ein englisches Kriegsgericht die SS-Männer Winkler und Briezke zum Tode. Der Kommandant des Nordlagers Paul Gruschwitz wurde zu 12 Jahren und der SS-Rapportführer im Norden Karl Sachse zu 20 Jahren verurteilt. Beide kamen freilich schon 1955 vorzeitig aus der Haft. Lagerarzt Dr. Ramsauer, der sich bei seiner Vernehmung in einer von ihm selbst unterzeichneten Aussage noch an 20 bis 25 "Todesfälle" mittels Todesspritze erinnerte, wurde 1947 zu lebenslanger Haft verurteilt. Er teilte jedoch das "Schicksal" vieler österreichischer NS-Verbrecher und wurde bereits 1954 begnadigt und entlassen, um in Klagenfurt eine Arztpraxis zu eröffnen. Noch 1991 sagte er in einem Interview auf die Frage, ob er die Gefangenen denn gehasst hätte: "Ich hatte keinen Grund, auch keine Veranlassung, jemanden zu hassen. Aber ich habe - na sagen wir es mal so - diese Menschen schon als minderwertig empfunden."[6] ■

Fußnoten:

1 Der Titel ist angelehnt an den Titel von Josef Zausnigs Buch: "Der Loibl-Tunnel", Das vergessene KZ an der Südgrenze Österreichs.

2 Die SS-Organisation Todt (OT) wurde von Fritz Todt, der seit 1922 bei der NSDAP war, gegründet. Vorerst für den Bau des Westwalls zuständig, wurden ihr im Verlauf des Krieges alle militärischen Bauvorhaben unterstellt. Todt selbst wurde 1940 Reichsminister für "Bewaffnung & Munition". Nach seinem Tod '42 wurde Albert Speer Reichsminister und '43 Leiter der OT.

3 Das enteignete Grundstück gehörte dem jüdischen Baron F. von Born, der zunächst fliehen konnte, dann aber doch noch verhaftet und in Mauthausen ermordet wurde.

4 Zeitzeugenaussage aus: Josef Zausnig, Der Loibl-Tunnel, Drava Verlag

5 Abschrift der Aussage von M. Skride aus: Josef Zausnig, Der Loibl-Tunnel, Drava Verlag

6 1991 Interview für den Fernsehfilm "Der Tunnel" - Auszug aus dem Buch von Josef Zausnig, Der Loibl-Tunnel, Drava Verlag

Quellen:

Josef Zausnig, Der Loiblt Tunnel, 1995 Drava Verlag

Slowenien entgegen, Artikel "Der Übergang" von Annemarie Ribitsch, ein Projekt des Universitätskulturzentrums UNIKUM, 2004 Drava Verlag

http://loibl-memorial.uni-klu.ac.at

http://www.nachkriegsjustiz.at,

Artikel von Peter Gstettner: "Das KZ in der Lendorfer Kaserne vor den Toren der Stadt Klagenfurt"

Kärntner SlowenInnen

Koroški/e Slovenci/ke

Koroški/e Slovenci/ke so na Koroškem "strah" KHD-ja, KAB-a in drugih sorodnih organizacij. Člen 7 Avstrijske državne pogodbe je bil od vsega začetka in ostal do dandanes kamen, ob katerega se spotika koroška politika. Najvidnejši primer so dvojezični krajevni napisi, katere določeni enojezični/e Korošci/ke še vedno istovetijo z odstopom teritorija Jugoslaviji oz. Sloveniji.

Izpodrivanje slovenščine se je začelo že sredi 19. stoletja, pri čemer je šola igrala od nekdaj pomembno vlogo. Zatiranje slovenskega naroda na Koroškem je doživelo višek, ko je leta 1938 prišel na oblast nemški nacionalsocializem.V koncentracijska taborišča je bilo prisilno izseljenih okrog 300 slovenskih družin iz Koroške. Že leta 1939/40 so dezertirali prvi slovenski koroški vojaki iz "wehrmacht-a" ter zbežali v tedanjo Jugoslavijo. Po Hitlerjevem napadu na Jugoslavijo so se skrivali po koroških Karavankah – nastali so prvi partizanski kadri. Borba koroških partizanov/k predstavlja edini organižirani oborozeni odpor na področju današnje Avstrije.

Sie sind die Angst von Kärntner Heimatdienst, Kärntner Abwehrkämpferbund & ähnlichen Vereinen - die Kärntner SlowenInnen. Auf ih-

ren im Artikel 7 des Staatsvertrages garantierten Rechten trampelt die Kärntner Politik schon seit dessen Abschluss herum. Prominentestes Beispiel sind die zweisprachigen Ortstafeln, deren Aufstellung - trotz eines eindeutigen Urteils des Verfassungsgerichtshofs - hintertrieben wird. Der "deutsch-kärntner" Wahn, dass eine zweisprachige Ortstafel dasselbe sei wie eine Gebietsabtretung an Slowenien, ist für Außenstehende nicht nachvollziehbar, dominiert aber immer noch die Landespolitik. Die SlowenInnenfeindlichkeit der einsprachigen KärntnerInnen hat eine Tradition, die weit über Haider, über den Nationalsozialismus und den sogenannten "Abwerkampf" hinausgeht - die Verdrängung des "Slowenischen", die in der Praxis vor allem die Verdrängung der Sprache bedeutete, begann bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Sprache und Schulwesen
Jezik in šolstvo

"Die Schule hat wichtige Funktionen für die Entwicklung einer Volksgruppe. Lesen und Schreiben lernt man am besten in der Muttersprache. Zudem vermittelt die Schule Bildungsinhalte, die die Bindung an die eigene Volksgruppe stärken oder aber schwächen können."[1] Bis 1869 war die katholische Kirche für das Schulwesen in Südkärnten verantwortlich. Der Klerus verwendete in der Kirche und im Unterricht die slowenische Schriftsprache. Mit dem "Reichsvolksschulgesetz" wurde allerdings die utraquistische Schule eingeführt. Das Prinzip dieser Schulen ist es, den Elementarunterricht zuerst in slowenischer Sprache zu halten und gleichzeitig Deutsch zu erlernen, bis dieses so gut beherrscht wird, dass der Unterricht überwiegend in Deutsch erfolgen kann.

1892 begann die Umwandlung der utraquistischen Schule in eine rein deutschsprachige Schule. Bereits mit der Einführung der utraquistischen Schule wurde eine neue Generation von LehrerInnen eingesetzt, die politisch den Liberalen zuzuordnen waren; wobei gesagt werden muss, dass in Kärnten "liberal" gleichbedeutend mit deutschnationalem Antiklerikalismus ist. Ein großer Teil der Lehrer wurde später Mitglied der illegalen Nationalsozialisten. Nach 1938 wurden sie in den Dörfern zu maßgeblichen politischen Funktionären der NSDAP und verdrängten die slowenischsprachigen Geistlichen aus der Gemeindepolitik. Die Schule und die LehrerInnen können als Hauptinstrumente der "Germanisierung" Kärntens bezeichnet werden.[2]

SlowenInnen, die auch Deutsch sprechen konnten, hatten deutliche soziale und wirtschaftliche Vorteile, da der Beamtenapparat seit 1848 zunehmend deutschsprachig war. Daraus resultierte, dass Slowenisch in erster Linie in der Familie, mit den NachbarInnen und in der Kirche gesprochen wurde. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1938 wurde den Beamten verboten, Slowenisch zu sprechen. Die Nazis übten unter dem Motto "Der Kärnter spricht deutsch!" einen sehr starken Assimilierungsdruck auf die Bevölkerung aus.[3]

"Aussiedlung" der Kärntner SlowenInnen
Izseljevanje koroških Slovencev/k

Listen von "nationalbewussten" SlowenInnen, also denjenigen die weiterhin auf die Verwendung ihrer Sprache und Kultur bestanden, wurden auf Grundlage der Volkszählung von 1939 zusammengestellt. Diesen Listen folgten Erhebungen, in denen das "Nationalbewusstsein" und die Aktivitäten der einzelnen slowenischen Familien registriert wurden. Diese dienten wenige Jahre später als wichtige Grundlage, um "volks- und staatsfeindliche" SlowenInnen auszusiedeln. Schon 1939 verbanden die Nazis die Vertreibung der SlowenInnen mit der Frage der Umsiedlung der deutschen Minderheit aus Südtirol und dem Kanaltal "Heim ins Reich".

"Bis zur "Volksabstimmung" am 10. April 1938 und dann noch bis April 1941 hielt sich das NS-Regime bei seinen Maßnahmen noch teilweise zurück, mit dem Überfall auf Jugoslawien entfielen jedoch die letzten außenpolitischen Rücksichten bei der Behandlung der slowenischen Minderheit in Kärnten."[4]

Eine Verordnung Himmlers vom 25. 8. 1941 ist das erste nationalsozialistische Dokument, das die Pläne zur zwangsweisen Aussiedlung der SlowenInnen aus Kärnten belegt. Am 14. April 1942 deportierten SS-Truppen 186 slowenische Familien auf Viehlastern ins Sammellager Ebental in der Nähe von Klagenfurt. In dieser ersten Aussiedlungswelle wurden, wie aus NS-Unterlagen hervorgeht, 917 Kärnter SlowenInnen vertrieben.

Die Deportationen verliefen immer nach demselben Schema. Die Familien wurden zu Hause von Polizeieinheiten abgeholt und in nahe gelegene Sammellager gebracht. Von dort wurden sie in weit entfernte Lager transportiert. Viele der in den Lagern inhaftierten Männer wurden zwangsweise zur Wehrmacht ▶



Kärntner Abwehrkämpferbund (KAB)

Der KAB besteht aus Veteranen und Nachkommen des Kärntner "Abwehrkampfes" und pflegt dessen Tradition im deutschnationalen Sinne mit ausgesprochener Frontstellung gegen die slowenische Minderheit. Landesobmann Fritz Schretter LAbg. a.D. arbeitet eng mit dem Kärntner Heimatdienst zusammen. Beide regionalen Großorganisationen (KAB und KHD) werden vom Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus als rechtsextreme Vorfeldorganisationen eingestuft.

► eingezogen. Die Gestapo beschlagnahmte die Bauernhöfe der Deportierten und verlangte einen "freiwilligen" Verzicht auf das Eigentumsrecht, mit der Androhung, bei Verweigerung die Familie in KZs einzuweisen.[5]

Da das Gebiet, das von den Nationalsozialisten für die Ansiedlung der Vertriebenen gedacht war, von der Roten Armee 1943 zurückerobert wurde, konnten die Pläne, 50.000 SlowenInnen zu deportieren, nur teilweise ausgeführt werden. Insgesamt wurden fast 300 Familien, ungefähr 1300 Menschen, vertrieben. 1000 Personen wurden im Zuge der 'Entnationalisierung der SlowenInnen' eingesperrt, davon starben 200 in den Konzentrationslagern und Gefängnissen.

PartisanInnen
Partizani/ke

1939/40 desertierten die ersten slowenischen Wehrmachtssoldaten aus Kärnten und flüchteten nach Jugoslawien. Nach dem Überfall auf Jugoslawien versteckten sie sich im Kärntner Karawankengebiet und bildeten erste PartisanInnenkader.[6] Der Kampf der PartisanInnen stellt zugleich den einzigen organisierten und kontinuierlichen bewaffneten Widerstand auf dem Gebiet des heutigen Österreichs dar.

Die Kärntner PartisanInnen griffen drei Jahre lang mit Überfällen und Sabotageakten, mit antifaschistischen Flugblättern und Versammlungen die NS-Herrschaft in Kärnten an. Sie sabotierten die Nachschublinien für den Angriffskrieg der Deutschen Wehrmacht gegen Jugoslawien, wodurch größere Truppenteile zur PartisanInnenbekämpfung gebunden waren und nicht mehr an der Front eingesetzt werden konnten. Darüber hinaus boten PartisanInnen fliehenden ZwangsarbeiterInnen und entflohenen KZ-Häftlingen immer wieder Zuflucht.

Gerade bei der PartisanInnenbekämpfung in Südosteuropa kam es auch immer wieder zu Kriegsverbrechen durch SS oder Wehrmacht. So auch in Kärnten. Zwei Wochen vor Kriegsende, am 25. April 1945, verübte eine SS-Polizei-Einheit auf dem slowenischen Bergbauernhof Peršmanhof in der Nähe des Loiblpasses ein Massaker an der Zivilbevölkerung. Elf Mitglieder der Familie Sadovnik, die PartisanInnen unterstützt hatten, wurden umgebracht und ihr Bauernhof niedergebrannt. Die Täter wurden nie zur Verantwortung gezogen. Jedes Jahr im Juni findet bei diesem Hof, der heute Museum und Gedenkstätte ist, eine Gedenkveranstaltung statt, bei der an den Widerstandskampf der PartisanInnen und an den Mut der slowenischen Zivilbevölkerung gedacht wird.

Entschädigungsmaßnahmen nach 1945
Odškodnine po 1945

Die von der österreichischen Regierung eingesetzte "Historikerkommission" stellte in ihrem 2002 erschienenen Bericht fest, dass "unter dem Eindruck des von den Kärntner Slowenen getragenen bewaffneten Widerstandes, der Waffenbruderschaft der slowenischen Partisanenarmee mit den Briten wie auch unter dem Eindruck der – kurzfristigen – Doppelbesetzung Kärntens durch britische und jugoslawische Truppen sowie der Gebietsforderungen Jugoslawiens" die provisorische Kärntner Landesregierung die slowenischen Forderungen und Schäden anerkannte. "Namentlich genannt wurden die im April 1942 deportierten Slowenen. Ähnliche Erklärungen wurden auch hinsichtlich der Wiedererrichtung slowenischer Vereine, Organisationen und Genossenschaften getätigt."[7]

So wurden "arisierte" Höfe den ursprünglichen EigentümerInnen rückgestellt. Als die Gebietsansprüche auf Teile Kärntens seitens Jugoslawiens 1949 bei den anderen Alliierten auf klare Ablehnung stießen, stand die Kärntner Regierung weiteren ausständigen Entschädigungszahlungen an SlowenInnen klar ablehnend gegenüber und diese konnten nur durch massiven politischen Druck durchgesetzt werden.

Bis heute bestehen von NS-Opfern, so auch Kärntner SlowenInnen, immer noch Entschädigungsansprüche, die bisher nicht abgegolten wurden. Diese konnten bis zum Mai 2003 innerhalb des Allgemeinen Entschädigungsfonds für NS-Opfer angemeldet werden. Auszahlungen aus diesem Fonds an die heute schon betagten Opfer werden jedoch von der österreichischen Bundesregierung bis heute "in die Länge gezogen". Auch vom Prinzip der Antragstellung - d.h., dass NS-Opfer ihre Ansprüche wie BittstellerInnen geltend machen müssen und keinen Rechtsanspruch darauf haben - ging der Staat Österreich bis heute nicht ab. AntragstellerInnen an den Allgemeinen Entschädigungsfonds verpflichten sich noch dazu, mit einer eventuellen Auszahlung auf alle weiteren Ansprüche an Österreich zu verzichten.

Ehemalige PartisanInnen selbst können übrigens bis heute innerhalb des sogenannten "Opferfürsorgegesetzes" Leistungen beziehen. Wehrmachtsdeserteure werden bis heute jedoch nicht als Opfergruppe anerkannt, eine generelle Rehabilitierung durch die Republik lässt noch auf sich warten. ■

Fußnoten:

(1) Augustin Malle u. Brigitte Entner, Die Kärntner Slowenen; vollständiger Text: http://www.uni-klu.ac.at/his/Aktuelles/KaerntnerSlowenen.htm

(2) vgl.: Gerhard Baumgartner u. Andreas Moritsch: Der nationale Differenzierungsprozeß in Südkärnten und im südlichen Burgenland 1850-1940, in: Werner Holzer u. Rainer Münz (Hg.): Trendwende? Sprache und Ethnizität im Burgenland, Wien 1993, 123.

(3) Nach der Befreiung Kärntens führte die provisorische Landesregierung unter dem Druck der Briten im Sommer 1945 das Minderheitenschulwesen ein. Zweisprachiger Unterricht wurde verplichtend für alle SchülerInnen der ersten drei Schulstufen in Südkärnten eingeführt. Diese Maßnahme, die 107 Schulen umfasste und zu einer verbesserten Verständigung zwischen den Volksgruppen führen sollte, wurde jedoch nach 1955 wieder abgeschafft. vgl.: Hellwig Valentin, Der Sonderfall. Kärntner Zeitgeschichte 1918 – 2004, Klagenfurt, Lublijana u. Wien 2005, 172.

(4) Historikerkommission (Hg.): Augustin Malle, Alfred Elste, Brigitte Entner, Boris Jesih Valentin Sima, Heidi Wilscher: Vermögensentzug, Rückstellung und Entschädigung am Beispiel von Angehörigen der slowenischen Minderheit und ihrer Verbände und Organisationen. Wien 2002.

(5) vgl.: Verband ausgesiedelter Slowenen, Vertreibung und Widerstand. 1942 – 1982, Klagenfurt 1982, 33 ff.

(6) vgl.: Hellwig Valentin, Der Sonderfall. Kärntner Zeitgeschichte 1918 – 2004, Klagenfurt, Lublijana u. Wien 2005, 131.

(7) Historikerkommission (Hg.). Wien 2002.

"Dragi prijatelji" iz Krive Vrbe

Mala vasica Kriva Vrba, zahodno od Celovca ob Vrbskem jezeru, je leta 1995 bila v središču pozornosti mednarodnih medijev, ko je Jörg Haider v funkciji šefa avstrijske svobodnjaške stranke ob priliki vsakoletnega srečanja "Kameradschaft IV" (tu se srečujejo stari nacisti in skrajni desničarji iz raznih držav) govoril o "spodobnosti" in "duhovni nadrejenosti"...

"Liebe Freunde" aus Krumpendorf

Der kleine Ort Krumpendorf, östlich von Klagenfurt / Celovec am Wörthersee gelegen, brachte es 1995 schlagartig zu internationaler Medienbeachtung, als FPÖ-Chef Jörg Haider beim alljährlichen Treffen der Kameradschaft IV[1] eine Brandrede hielt.

Im Herbst 1995 strahlte die ARD die Videoaufnahme eines SS-Veteranen aus Hamburg vom Krumpendorf-Treffen aus und sorgte damit sogar in Österreich für einen kleinen Skandal. Für bettlägerige Kameraden hatte der Hamburger das rechte Event-Wochenende in Klagenfurt und Umgebung aufgezeichnet - unter den Veranstaltungen eben auch der Kameradschaftsabend der K IV. Dieser findet normalerweise am Samstagabend, also einen Tag vor der öffentlichen Veranstaltung am Ulrichsberg selbst, statt. Im Unterschied zur offiziellen Feier sind die KameradInnen in Krumpendorf / Kriva Vrba ganz unter sich und sehen daher keinen Grund, sich ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Die Veranstaltung ist ein Treffpunkt für Alt-Nazis und Rechtsextreme aus verschiedenen Ländern. Unter den Gästen, die auf jenem Video einwandfrei zu erkennen sind, finden sich unter anderem:

Gudrun Burwitz, Tochter von "Reichsführer SS" Heinrich Himmler; war Funktionärin der "Wiking-Jugend", die 1994 wegen Verfassungsfeindlichkeit verboten wurde; ist heute in der "Stillen Hilfe" tätig und betreut unter anderem den mutmaßlichen Kriegsverbrecher Anton Malloth, der Aufseher im Gestapo-Gefängnis "Kleine Festung" bei Theresienstadt war. (http://lexikon.idgr.de)

Otto Kumm, ehemaliger SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS und letzter Kommandant der SS-Leibstandarte Adolf Hitler; machte in der nationalsozialistische Wehrmacht eine steile Karriere; starb 2004; wurde in einem einschlägigen Nachruf der "Ritterkreuzträger der deutschen Wehrmacht" als "der letzte Schwerterträger der Waffen-SS" gerühmt und wird als Mitbegründer der "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS" (HIAG) bezeichnet. (http://de.wikipedia.org)

Soeren Kam, ehemaliger dänischer SS-Offizier; in Dänemark wegen Mordes an einem Journalisten zu lebenslanger Haft verurteilt, lebte Kam glücklich in Bayern, bis er sich sich im Jahr 1998 mit 55-jähriger Verspätung doch noch wegen des 1943 in Kopenhagen begangenen ▶



Widmungstafel der "Kameradschaft IV"

Die Kameradschaft IV (K IV) ist eine noch immer mitgliederstarke, Ortsgruppen und Landesverbände umfassende, rechtsextreme Veteranenorganisation ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS. Die K IV versucht die Waffen-SS, die vom Nürnberger Gerichtshof als Teil der SS zu einer verbrecherischen Organisation erklärt wurde, als vierten Wehrmachtsteil und damit als unbedenklich hinzustellen und leitet ihren Namen daraus ab.

Seitens des Bundesministeriums für Inneres wurde 1992 eine Überprüfung der Tätigkeit der K IV eingeleitet. Bezug nehmend auf die Zeitschrift Die Kameradschaft, stellte der damalige Innenminister Franz Löschnak fest, dass sie die Verbrechen des NS-Regimes verharmlose und die SS glorifiziere. Die K IV selbst kam etwaigen vereinsrechtlichen Schritten im Oktober 1995 durch die freiwillige Selbstauflösung des Bundesverbandes zuvor.

Die K IV gehört darüber hinaus zu den Mitgründerinnen der Ulrichsberggemeinschaft und organisiert traditioneller Weise am Tag vor den Ulrichsbergfeiern, in Krumpendorf bei Klagenfurt, ein Treffen, an dem in der Vergangenheit prominenete Politiker, neben Rechtsextremen aus ganz Europa teilnahmen.

Quelle: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands: "Kameradschaft IV (K IV)/Die Kameradschaft", www.doew.at

▶ Mordes vor einem deutschen Gericht verantworten musste. Es wäre nicht Bayern, wäre das Verfahren nicht 1999 eingestellt worden; Begründung: Kams Tatversion sei zwar nicht wahrscheinlich, aber auch nicht widerlegbar, so der Sprecher des bayrischen Justizministeriums gegenüber dem ARD-Magazin "Panorama". Der Staatsanwalt Wick, für den angeblich immer noch unklar ist, was sich am Abend des 3. August 1943 in Lyngby abspielte, ist sich zumindest in einem sicher: Kam habe keinesfalls "aus bewußter Böswilligkeit oder niederen Motiven heraus gehandelt". (www.nadir.org)

Außerdem die ehemaligen SS-Offiziere Peter Timm von der SS-Sturmbrigade Dirlewanger – ein Sonderkommando meist vorbestrafter SS-Leute, das für seine besondere Grausamkeit berüchtigt war – und Henri Moreau von der SS-Divison Wallonie.

Im Jahr 2000 brachte die rechtsextreme Homepage "Wiener Nachrichten Online" einen begeisterten Bericht vom Auftritt der K IV bei den Feierlichkeiten am Berg: "Stolz präsentierten SS-Veteranen der Kameradschaft IV ihre schwarze Fahne mit dem abgewandelten Wahlspruch: 'Des Soldaten Ehre heißt Treue'." In Krumpendorf / Kriva Vrba selbst wurde in diesem Jahr einmal mehr der NS-Überfall auf die Sowjetunion zur "letzte[n] Rettung Europas" vor dem "Bolschewismus" umgedichtet.

Vor solchen KameradInnen also sprach Jörg Haider 1995 davon, "dass es noch anständige Menschen gibt, die einen Charakter haben und die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind" und weiter: "[...] ein Volk, das seine Vorfahren nicht in Ehren hält, ist sowieso zum Untergang verurteilt. Nachdem wir aber eine Zukunft haben wollen, werden wir jenen Linken von political correctness beibringen, dass wir nicht umzubringen sind und dass sich Anständigkeit in unserer Welt noch allemal durchsetzt, auch wenn wir momentan vielleicht nicht mehrheitsfähig sind, aber wir sind geistig den anderen überlegen, und das ist etwas sehr entscheidendes." Na dann...

Brisant war die Affäre damals auch, weil die ARD das Video am 14. Dezember, also drei Tage vor den österreichischen Nationalratswahlen ausstrahlte – der ORF wartete dann bis nach den Wahlen, bevor der Beitrag auch in der ZIB zu sehen war. In den "Richtigstellungen" der FPÖ wurde der geschlossene Kameradschaftsabend der K IV übrigens konsequent mit der öffentlichen Feier am Ulrichsberg selbst vermischt. Die Ulrichsberggemeinschaft als solche war über die "publicity" wenig begeistert.

Die Kameradschaft IV, Veranstalterin des Krumpendorfer Spektakels, die sich auch in ihrer Selbstdarstellung als Kameradschaft ehemaliger (Waffen)-SS-Soldaten präsentiert[2], stellte sich mit Artikeln in ihrer Zeitschrift "Die Kameradschaft" (die letzte Ausgabe erschien im Dezember 2004) immer wieder klar in eine nationalsozialistische Ideologie-Tradition – etwa wenn in übelster rassistischer Weise gegen "Zigeuner" gehetzt wurde, die historische Forschung zur "Umerziehung" mutierte und die Schuld am 2. Weltkrieg Polen und/oder den Alliierten zugeschoben wurde. Gerade dort musste eine Rede wie die Haiders gut ankommen, ging er doch dabei über das für alle Ulrichsbergfeiern charakteristische Maß an Revisionismus hinaus: Ihm ging es nicht nur um die "kollektive Unschuld" der Deutschen "Väter" unter Einschluss von Wehrmachtssoldaten, SS-Angehörigen und anderen MörderInnen – seine Rede von der "Anständigkeit" und "geistigen Überlegenheit" schließt direkt an die NS-Vorstellung von der SS als "Elite" an. Haider lobte die anwesenden Reste der "Elite" eben dafür, dass sie ihren nationalsozialistischen Vorstellungen nicht abgeschworen hatten (- und blieb ein wichtiger österreichischer Politiker – aber das ist eine andere Geschichte...).

In den folgenden Tagen und Wochen vollbrachte die FPÖ gewagte Uminterpretationen der oben zitierten Textpassagen. Nur in einem Punkt traf der Kärntner Freiheitliche Strutz (trotz leichter Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache) den Nagel auf den Kopf: "Der gleiche Personenkreis, für dessen Kontakt Haider jetzt diffamiert werde, feierte einen Tag nach der offiziellen Krumpendorf-Veranstaltung mit hohen Funktionären von SPÖ und ÖVP im Klagenfurter Konzerthaus."

Deshalb: Nicht bloß Krumpendorf, den ganzen Ulrichsberg schleifen!

Fußnoten:

1 Die K IV ist eine Kameradschaft ehemaliger SS-Mitglieder – sh. dazu ausführlicher die Recherche zur "Gedenk"-Tafel der K IV am Ulrichsberg auf Seite 15.

2 In dem Zusammenhang kann noch einmal daran erinnert werden, dass der Nürnberger Militärgerichtshof die Waffen-SS ausdrücklich als "nationalsozialistische verbrecherische Organisation" einstufte.

Quellen:

Hans-Henning Scharsach / Kurt Kuch: Haider. Schatten über Europa. KiWi-Verlag. 2000

DÖW. Handbuch der österreichischen Rechtsextremismus. 1993

Jungle World

http://www.doew.at

http://www.hagalil.com

http://www.idgr.de

Haider-Zitate aus:

Schnell-Info 30/96. Protokoll einer Vernaderung. (FPÖ)

Widmungstafel der "Kameradschaft des XV.K.K.K. General Helmuth von Pannwitz"



Im Herbst 1943 wurde die Kosaken-Einheit von der Ostfront in den Westen verlegt. Das Einsatzgebiet der Kosaken wurde vor allem Kroatien, wo diese speziell zur PartisanInnenbekämpfung eingesetzt wurden. Die Tafel für das Kosaken-Kavalleriekorps wurde 1991 aufgestellt und zunächst vom Innenministerium untersagt, da es sich bei dieser Einheit um einen Teil der SS gehandelt hatte und General v. Pannwitz wegen Gräueltaten verurteilt und hingerichtet worden war. Der Besitzer des Ulrichsbergs, Dr. Goëss, richtet daraufhin ein Schreiben an Landeshauptmann Haider, in dem er angab, selbst Abteilungskommandant eines Kosakenregiments gewesen zu sein - er sei daher nicht gewillt, die Tafel abzunehmen. LH Haider teilte am 4. 9. 1991 schriftlich mit, dass die Tafel ohne Einwände angebracht werden dürfe. Sie hängt bis heute.

Quelle: Seidl, Wilhelm (2000). Soziokulturelle Dimension der Denkmalkultur am Beispiel der "Heimkehrergedenkstätte" am Ulrichsberg. DA, Uni Klagenfurt

Ulrichsberg im Zeichen des Edelweiß

Ulrichsberg v znamenju planike

Najbolj prisotni okrog Ulrichsberg-a so bivši pripadniki t.im. "gebirgsjäger-jev", specialne enote "wehrmacht-a", na katerih račun gredo vojni zločini v Grčiji (Kommeno, Kephallonia, Joannina...), Italiji (Camerino, Fabriano), Albaniji, Jugoslaviji, Finlandiji, na Francoskem, Poljskem, v (bivši) Sovjetksi Zvezi in na Kavkazu.

Organizacijo "kameradschaft ehemaliger gebirgsjäger" s 155 člani je na Koroškem ustanovil oče sedajšnjega celovškega župana.



Einer der präsentesten Personenkreise am und um den Ulrichsberg sind ehemalige Angehörige der sogenannten Gebirgsjäger. In der "Kameradschaft ehemaliger Gebirgsjäger" sind Mitglieder der Gebirgsjägertruppen, einer Spezialeinheit der Wehrmacht, organisiert. Diese ist in Kärnten mit ca. 155 Mitgliedern zwar relativ klein, aber dank ihrer Verbindungen zu "Kameraden" in Deutschland, sowie zu Militär und Politik höchst aktiv und lebendig.

Bei der Traditionspflege der Gebirgsjäger fällt dabei die Verstrickung der Truppe in Kriegsverbrechen im 2. Weltkrieg unter den Tisch. So verübten Gebirgsjäger Massaker in Griechenland, Italien, Frankreich, Finnland, Jugoslawien, Polen, Albanien, der (ehemaligen) Sowjetunion und am Kaukasus.

Der Ulrichsberg und die Gebirgsjäger

Gegründet wurde die Kameradschaft vom Vater des derzeit amtierenden Klagenfurter Bürgermeisters Harald Scheucher, Blasius Scheucher. Blasius Scheucher war darüber hinaus Gründungsmitglied und bis zu seinem Tod Vorsitzender der Ulrichsberggemeinschaft.

Obwohl 1955 das vorgesehene Edelweißtreffen der Gebirgsjäger in Klagenfurt staatspolizeilich verboten worden war, strebten diese an, ein Ehrenmal für ihre Gefallenen zu errichten. So verwundert es auch nicht, dass die Kameradschaft von Beginn der Ulrichsbergfeierlichkeiten an immer recht präsent war und der Erinnerung an die Gebirgsjäger am Ulrichsberg auch mehrere Tafeln gewidmet sind.

Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger

Im nordgriechischen Ort Kommeno verübte die 12. Kompanie des Gebirgsjäger-Regiments 98 am 16. August 1943 ein Massaker an der Bevölkerung. Die unter dem Kommando des späteren Stabsoffiziers der Bundeswehr Reinhold Klebe stehenden Soldaten ermordeten ZivilistInnen und gaben das Dorf zum privaten Raubzug frei. Sie töteten insgesamt 317 Menschen. Im Gefechtsbericht dazu hieß es später lapidar: "Beute: etwa 150 tote Zivilisten, 16 Stück Großvieh, 1 LKW, 5 italienische Karabiner, eine italienische MP." Alle von der deutschen Staatsanwaltschaft zu den in Kommeno begangenen Verbrechen eingeleiteten Ermittlungsverfahren wurden allerdings wieder eingestellt.

Über die begangenen Verbrechen wurde einerseits der Mantel des Schweigens gebreitet, andererseits wurden diese mit juristischer Diktion versehen als Kriegshandlungen legitimiert und die Täter mit widersprüchlichen juristischen Konstruktionen vor einer Strafverfolgung geschützt.

Auf der griechischen Insel Kephallonia beteiligte sich die 1. Gebirgsdivision and der Entwaffnung der italienischen Armee in Griechenland. Dabei erschossen sie im September 1943 ca. 5.000 italienische Kriegsgefangene.

Unter dem Deckmantel der sogenannten "Bandenbekämpfung", also zur Bekämpfung antifaschistischer PartisanInnen, ermordeten Gebirgsjäger-Einheiten über 1.000 GriechInnen und zerstörten allein im Oktober 1943 im Epirusgebiet mehr als 100 Dörfer. In Joannina unterstützte die 1. Gebirgsdivision die Geheime Feldpolizei bei der Ghettoisierung ▶





▶ und Deportation der griechischen Jüdinnen und Juden. Jüdische PartisanInnen wurden hingerichtet. Griechische ZivilistInnen, die die Massaker überlebten, wurden als Geiseln festgehalten oder nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt.

Die Gebirgsjäger waren ebenfalls an der Ermordung der Athener Juden und Jüdinnen beteiligt. Am 24. März 1944 wurden alle registrierten Juden und Jüdinnen von Polizeieinheiten in die Synagoge gebracht und dort eingesperrt. Zu den eingesetzten Polizeieinheiten gehörten die dritte und vierte Kompanie des I. Bataillons des Polizei-Gebirgsjäger-Regiments 18. Insgesamt wurden an diesem und dem folgenden Tag 1700 Jüdinnen und Juden verhaftet. Nach neun Tagen wurden die Verhafteten in das KZ Dachau sowie das Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Angehörige der 3. und 4. Kompanie des I. Bataillons des Polizei-Gebirgsjäger-Regiments 18 sowie der Polizei-Gebirgs-Artillerie-Abteilung begleiteten diese Deportationszüge.

Im Juni 1944 verübten Gebirgsjägereinheiten während des Rückzugs der deutschen Armee in Italien weitere Massaker. Aus Gefechtskarten und Aktenverweisen geht hervor, dass die 5. Gebirgsdivision für die Verbrechen in Camerino und Fabriano verantwortlich ist. Sie sahen sich mit einer relativ starken Resistenza konfrontiert, die regelmäßig versuchte, Brücken und Nachschubwege zu zerstören. Auf die Präsenz der PartisanInnen reagierte die Militärführung mit der Verschärfung des "Anti-Bandenkampfes". Neben der Massakrierung der Zivilbevölkerung empfahl der Oberbefehlshaber Südwest, Albert Kesselring, auch die Deportation der Verhafteten ins Reich zum "Arbeitseinsatz". Am 21. und 22. Juni 1944 wurden in Camerino 22 LandarbeiterInnen erschossen. Am 24. Juni wurden dort weitere 85 Menschen getötet, und am selben Tag wurden in Fabriano weitere 6 ZivilistInnen ermordet.



Angreifbare Traditionspflege

Der Kameradenkreis der Gebirgstruppe e. V., in dem außer den ehemaligen Wehrmachtsangehörigen auch nachfolgende Bundeswehrsoldaten organisiert sind, veranstaltet jährlich ein Pfingstreffen. Dieses findet auf einem Berg bei Mittenwald, einer bayrischen Tourismusgemeinde nahe der Tiroler Grenze, statt. Gleichzeitig ist das Pfingsttreffen der Gebirgsjäger die größte Soldatenfeier der Bundesrepublik Deutschland. Nur am 17. Mai 1959, als zu Pfingsten die "Heimkehrergedenkstätte" eingeweiht wurde, fand die Festsitzung der Edelweißkameradschaft der Gebirgsjäger im Rahmen der Ulrichsbergfeiern statt.

Seit 2002 gibt es in Mittenwald Proteste gegen diese Form der Erinnerungskultur, die ähnlich wie am Ulrichsberg alleine positiven Bezug auf die Soldaten nimmt, die begangenen Verbrechen und die Opfer jedoch völlig ausblendet. Der Aktionskreis "Angreifbare Traditionspflege" und die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN-BdA) rufen seit 2003 jährlich zu Aktionen gegen das Pfingsttreffen der Gebirgsjäger auf. Neben Protestveranstaltungen ist ein zentraler Punkt der Gegenaktivitäten die Einladung von ZeitzeugInnen, darunter auch Überlebende der von den Gebirgsjägern verübten Massaker.

Während die Mörder aus den Reihen der Gebirgsjäger und anderer Wehrmachtstruppen strafrechtlich nu schleppend verfolgt wurden und bis heute von staatlichen Renten leben, erhalten die meisten Opfer der Gebirgsjäger keine Entschädigungen. So auch nicht die Überlebenden der von den Gebirgsjägern begangenen Massaker in Griechenland. ■

Mehr Informationen zu den Gebirgsjägern und den Protesten in Mittenwald: www.nadir.org/nadir/kampagnen/mittenwald

Eintopf und Massenmord

Am Kriegerdenkmal am Ulrichsberg finden nur die norwegischen "Frontschwestern" und die niederländischen "Helferinnen" eigens Erwähnung auf zwei der Tafeln. Doch je populärer die Erfindung "deutscher (und österreichischer) Opfer" im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus wird, desto bedeutender wird auch die Rolle, die "deutschen" Frauen retrospektiv zugeschrieben wird.

Enolončnica in masovno pobijanje

Bolj ko postaja izmišljotina "nemških (in avstrijskih) žrtev" v zvezi z nacionalsozializmom popularna, bolj pomembna postaja vloga, ki jo retrospektivno pripisujejo "nemški" ženski.

Zaničevanje žensk je bil bistveni sestavni del nacionalsocialistične ideologije in prakse, ženska je bila v bistvu omejena na "domačo fronto"; ženske organizacije so bile na vseh ravneh podrejene "führerju".

Avstrijskemu aktualnemu spominu so tuje tako ženske žrtve nacionalsocializma kot tudi storilke tega krutega in groznega režima, pravtako partizanke in članice odporniškega gibanja. V javni zavesti so prisotne le t.im. "Trümmerfrauen" - "odškodnina" pa je spet omejena na matere med njimi.



Wer sich näher mit dem Thema beschäftigt – zum Beispiel damit, was die überzeugte Nationalsozialistin Gertrud Scholtz-Klink, ehemalige "NS-Reichsfrauenführerin", in ihrem 1978 (!) erschienenen Machwerk "Die Frau im Dritten Reich" zu sagen hat – wird rasch eines schlechteren belehrt. Voll Begeisterung schildert Scholtz-Klink den Organisationsgrad der Frauen (nach wissenschaftlichen Schätzungen verfügten die NS-Frauenschaft und das Deutsche Frauenwerk über 8 bis 10 Millionen Mitglieder[1] - eine Mobilisierung wie sie von feministischen Bewegungen im deutschsprachigen Raum niemals erreicht wurde), ihren (Arbeits-) Einsatz für den Krieg an der "Heimatfront" und ihre "Opferbereitschaft". Es soll nicht verschwiegen werden, dass die Geringschätzung von Frauen wesentlicher Bestandteil nationalsozialistischer Ideologie und Praxis war – Frauen konnten keine höheren Funktionen in Partei und Staat bekleiden, die Frauenorganisationen waren auf jeder Ebene der geographischen und hierarchischen Gliederung dem jeweiligen männlichen "Führer" unterstellt und der Hass auf den "jüdischen Liberalismus" ging auch mit explizitem Antifeminismus einher – doch nichtsdestotrotz wurde die Einbindung "deutscher" Frauen in das nationalsozialistische Herrschaftssystem aktiv und systematisch betrieben. Bei aller Betonung der "natürlichen" Geschlechterdifferenz in der NS-Ideologie muss bewusst bleiben, dass die zentrale Abgrenzung zwischen "Deutschen" bzw. "ArierInnen" einerseits und Juden und Jüdinnen bzw. sogenannten "Fremdrassigen" oder "rassisch Minderwertigen" andererseits verlief. Nicht zuletzt dadurch lässt sich erklären, dass nicht wenige "deutsche" Frauen ihre begeisterte Beteiligung am Nationalsozialismus als Stärkung ihrer Position erlebten – der psychologische Mechanismus der eigenen Aufwertung zum "Herrenmenschen" durch die Abwertung und schließlich Vernichtung des Anderen (verkörpert vor allem durch Juden und Jüdinnen) war für Frauen nicht weniger attraktiv als für Männer. Dass sich weniger Frauen als Männer direkt am antisemitischen Massenmord beteiligten – während viele zu Zeuginnen und Nutznießerinnen wurden – hat mit der oben erwähnten sexistischen Struktur des Herrschaftsapparates zu tun. Nicht vergessen werden darf dabei die Ermordung von Men- ▶

schen mit "Behinderungen" und "Asozialen" im Rahmen der sogenannten "Euthanasie" – in diesem Bereich arbeiteten viele Frauen als Sozialarbeiterinnen, Pflegerinnen und Schwestern und waren so direkt beteiligt.



Reichsarbeitsdienst

Die Tafel des "SchAD- Österreich" (Schutzverband ehemaliger Arbeitsdienstangehöriger) erinnert an die gefallenen Arbeitsdienstangehörigen, den "RAD" (Reichsarbeitsdienst).

Bei der Einweihung der Tafel trug ein Kranz die Bezeichnung der Vereinigung "RAD wj" (Reicharbeitsdienst-weibliche Jugend), die unter das österreichische Verbotsgesetz fällt.

Wie es möglich ist, dass die "SCHAD"-Tafel mit der gleichartigen Widmung in der Gedenkstätte am Ulrichsberg hängt, ist unklar.

Ab 1935 wurden Jugendliche zwischen 18 und 25 zu einem halben Jahr Arbeitsdienst verpflichtet. Der Arbeitsdienst galt als "Ehrendienst am deutschen Volke". Ab August 1943 wurde Reichsarbeitsführer Konstantin Hierl Reichsminister und der Arbeitsdienst damit zu einer Art Ministerium.

Der RAD hatte vor allem wirtschaftliche Aufgaben (Landeskulturarbeiten, Forst- und Wegebauten , Hilfsarbeiten beim Bau der Reichsautobahnen). Ab 1944 bildete der RAD fast nur noch militärisch aus.

Die NS-Ideologie in Bezug auf "deutsche" Frauen zeichnete sich durch große Flexibilität in den Details – etwa in der Position zur Erwerbstätigkeit – aus, blieb jedoch im Kern stets auf biologische Mutterschaft ausgerichtet. Um das "frauliche" Ideal von Mütterlichkeit und Häuslichkeit rankte sich die Idee einer eigenen "weiblichen Sphäre", die, streng getrennt von der "männlichen Welt" des Kampfes, die "deutschen Werte" von Reinheit und Innerlichkeit verkörpern sollte. Die Wissenschafterin Godele van der Decken formulierte in den 80er Jahren:

"Deutsche Innerlichkeit und Idylle, Weihnachtsbaum, Eintopf und Gemütlichkeit waren die notwendige Kehrseite der grausamen Realität des Terrors, der Konzentrationslager, des Krieges und schließlich des Zusammenbruchs."(2)

Auch wenn der Ausdruck "Zusammenbruch" für die Befreiung vom Nationalsozialismus mehr als schlecht gewählt ist, spricht van der Decken den wichtigen Punkt an: Gerade durch die Schaffung einer scheinbar (!) unpolitischen "weiblichen Sphäre" erreichte das NS-System die Eingliederung von Frauen in die "Volksgemeinschaft". Verlief im traditionellen patriarchalen System der politische Zugriff auf Frauen über die Familie und damit über den (Ehe-)Mann als Familienvorstand, konnten sie nun direkt gemäß den jeweiligen Anforderungen (etwa der Kriegsökonomie) angesprochen und "eingesetzt" werden.

In der aktuellen österreichischen Erinnerungskultur ist davon freilich ebenso wenig zu hören, wie von jenen Frauen, die Opfer des Nationalsozialismus waren. Millionen vertriebene und ermordete Jüdinnen, ermordete und zwangssterilisierte Roma, Frauen die für brutale medizinische "Experimente" herangezogen wurden, sogenannte "Asoziale", verschleppte Zwangsarbeiterinnen, Opfer der organisierten Vergewaltigungen in sogenannten "Wehrmachtsbordellen" – sie alle sind dem österreichischen Gedächtnis ebenso fremd wie die Täterinnen, die Spitzel und Denunziantinnen. Auch Widerstandskämpferinnen, Partisaninnen und jene Frauen, die wegen sogenannter "Rassenschande" – zumeist wegen Beziehungen mit osteuropäischen Zwangsarbeitern – in die Mühlen der NS-Justiz gerieten, sucht frau in den Niederungen des Geschichtsbewusstseins meist vergeblich. Es scheint ganz so, als gäbe es nur zwei "Funktionen", in denen Frauen erinnert werden sollen: Als sogenannte "Trümmerfrauen", die mit ihrem Arbeitseinsatz den Grundstein für die "Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik" legten, einerseits und als hilflose Opfer andererseits – Opfer von Vergewaltigungen durch "die Russen", Opfer der alliierten Bomben und der "Vertreibungen" nach Kriegsende. Kurz gesagt: Frauen sind hier Opfer der Befreier vom Nationalsozialismus und liefern damit prächtigen Stoff für einen breiteren Opferdiskurs, der gleich alle "Deutschen" umfassen kann. Geschickt werden – ähnlich wie in den Debatten um die "Vertreibung" allgemein – unterschiedliche Ebenen vermischt: Die individuelle Ebene, auf der der Opferstatus der vergewaltigten Frau außer Frage steht, mit einer politischen, die diesen Status kollektiviert und ihn der ganzen "deutschen Volksgemeinschaft" (oder zumindest jenem Teil, der 1945 zur "österreichischen" wurde) zuschreiben will. Die Erfahrung und das Leid individueller Frauen – aus dem die Opfererzählung ihre moralische Kraft bezieht – verschwinden hinter dieser politischen Instrumentalisierung vollkommen. Ganz im Gegensatz zu diesen Erzählungen von passiven Opfern – und dennoch damit vereinbar - steht die oben angesprochene Geschichte der "Trümmerfrauen". Hier – und nur hier – erscheinen Frauen als aktiv handelnde, das Schicksal in die eigenen Hände nehmende Personen. Es scheint verblüffend, dass auch diese Geschichte ohne Bezug auf den Nationalsozialismus auskommt, und ist doch nur folgerichtig, ist doch auch die "Trümmerfrau" ein unpolitisches Wesen, das bloß den (Arbeits-)Alltag, nicht die politische Bühne bestimmt. Nicht zu verkennen ist die Parallele zum nationalsozialistischen Frauenbild der stets fleißigen und vor allem "opferbereiten" Frau, die ihrer "weiblichen Sphäre" stets treu bleibt. Da passt es wie das Tüpfelchen aufs i, dass die "Entschädigung", die der österreichische Staat seinen "Trümmerfrauen" im Jahr 2005 gewährte, auf Mütter beschränkt bleibt.

Historische Erzählungen stehen stets

in Verbindung mit aktuellen politischen Zielen. Im Fall der dominanten österreichischen (Nicht-)Erzählungen zu Frauen im Nationalsozialismus bzw. in der unmittelbaren Nachkriegszeit ist diese politische Funktion deutlich zu erkennen: Einerseits legitimieren individuelle weibliche Opfer durch die Verallgemeinerung und Instrumentalisierung ihrer Geschichten einen an den Haaren herbeigezogenen allgemeinen Opferstatus, andererseits stabilisieren diese Geschichten traditionelle Geschlechterklischees von "unpolitischen", passiven Frauen, deren Welt abseits der "männlichen" Öffentlichkeit zu suchen ist. Beides ist für die Gegenwart von Übel. ■

Lese-Tipps:

Helga Amesberger, Katrin Auer, Brigitte Halbmayr (2004). Sexualisierte Gewalt. Weibliche Erfahrungen in NS-Konzentrationslagern. Mandelbaum-Verlag

Irene Bandhauer-Schöffmann (1997). Weibliche Wiederaufbauszenarien. In: Wolfgang Kos, Georg Rigele (Hg.) Inventur 45/55. Sonderzahl-Verlag

Fantifa Marburg (Hg.) (1995). Kameradinnen. Frauen stricken am Braunen Netz. Unrast-Verlag

Ilse Korotin, Barbara Serloth (Hg.) (2000). Gebrochene Kontinuitäten? Zur Rolle und Bedeutung des Geschlechterverhältnisses in der Entwicklung des Nationalsozialismus. Studienverlag

Hanna Lauterbach (1990). "Aber dann hätten wir ja nur noch Verbrecherinnen..." Kommentar zur Diskussion über den Anteil von Frauen am "Handlungskollektiv Deutschland". In: Lerke Gravenhorst, Carmen Tatschmurat (Hg.) TöchterFragen. NS-Frauengeschichte. Kore-Verlag

Ljiljana Radonic (2004). Die friedfertige Antisemitin? Kritische Theorie über Geschlechterverhältnis und Antisemitismus. Peter Lang-Verlag

Silke Schneider (2004). BeFreier vs. Befreite? NS-Vergangenheit und Weltkrieg in Geschlechterperspektive. In: Michael Klundt (Hg.) Heldenmythos und Opfertaumel. PapyRossa-Verlag

Ingrid Strobl (1989). "Sag nie du gehst den letzte Weg". Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Fischer-Verlag

Fußnoten:

1 nach: Claudia Koonz (1991). Mütter im Vaterland. S 218

2 Godele van der Decken (1988). Emanzipation auf Abwegen. S 115

Ljubezen do domovine brez zastav

Ali: Kaj ima opraviti Ulrichsberg s punk-koncerti?

"Mladina potrebuje spet vzglede... Nobene dolgolase perverzneže, figure brez drže" (Karl Semmelrocj, govor na Ulrichsbergu 1969)

Heimatliebe ohne Fahnen

Oder: was hat der Ulrichsberg mit Punkkonzerten zu tun?

"Die Jugend braucht wieder Vorbilder...keine langhaarigen Perversen, haltlose Figuren" (Karl Semmelrock, Rede auf dem Ulrichsberg 1969)

Kulturna politika dežele Koroške je postala v zadnjem času – predvsem pod vplivom deželnega glavarja Haiderja in njegove stranke – dokaj restriktivna. Pod plaščem "demokratizacije" kulture so bile črtane subvencije kritičnim kulturnim inicijativam, kar je pomenilo propad svobodne koroške kulturne scene. V Celovcu skrbi mladinski referent Christian Scheider (BZÖ) za "red". Prilagajanje in pokorščina sta centralni vrednoti, ki sta zelo cenjeni na Ulrichsbergu.

Die Kulturpolitik des Landes Kärnten / Koroška war in den letzten Jahren durch die Machtübernahme von Schwarz-blau und die Wiederwahl Jörg Haiders zum Kärntner Landeshauptmann Thema in dutzenden Publikationen. Es wurde darauf hingewiesen, wie unter dem Deckmantel der "Demokratisierung" der Kultur regierungskritischen Kulturinitiativen die Subventionen entzogen wurden, was de facto zum Niedergang der freien Kärntner Kulturszene führte. Mittlerweile ist der Widerstand fast verklungen, breit macht sich dagegen eine Normalisierung eines Zustands, der Subkulturen zwar toleriert, aber nur solange sie am Gängelband der herrschenden HeimattümlerInnen hängen. In Klagenfurt / Celovec wird diese Politik derzeit am aggressivsten durchgezogen.

Jugendzentren, besetzte Häuser, Räumlichkeiten von Kulturvereinen, bunte Beisln - es gibt viele Möglichkeiten, wie Freiräume ausschauen können. Gemeinsam haben sie alle, dass dort trotz aller Widersprüche versucht wird, eine andere Art des Zusammenseins zu leben. Manchmal über Jahre hinweg, manchmal nur für ein paar Stunden, wie's halt kommt. In Klagenfurt / Celovec gibt es solche Freiräume nicht mehr, die Stadt rühmt sich jedoch mit einem nahezu revolutionären Jugendkulturprogramm, das sie angeblich parat hat.

"Wenn der Vorhang fällt sieh hinter die Kulissen, die Bösen sind oft gut und die Guten sind gerissen" (Freundeskreis)

2002 lief das letzte sogenannte "Schillerparkkonzert" ab. Jedes Jahr konnte mensch hier einen ganzen Tag lang ohne Konsumzwang (dafür aber mit eigenen Getränken) und Eintritt unter freiem Himmer einer Vielzahl an Bands lauschen. Im Park tummelte sich die bunte Szene aus Klagenfurt und anderswo, und organsisiert wurde das ganze mehr oder weniger autonom (StreetworkerInnen und Jugendliche). Mit dem Verbot dieser Veranstaltung (wegen "Lärmbelästigung" und "Drogenmissbrauch") durch die Stadt begann eine Instrumentalisierung alternativer Jugendkultur durch die schwarzblaue Stadtregierung. Die Reaktion der Betroffenen ging über einfaches Unterschriftensammeln nicht hinaus, und die Stadt begann mit dem Aufstellen von "Youthpoints", angeblichen Jugendzentren, in denen in erster Linie konsumiert (Internet, Fernsehen) werden kann und über etwaige Aktivitäten der Jugendlichen Aufsichtspersonen, "BetreuerInnen" genannt, wachen. Am Klagenfurter Messegelände wurde eine "Megapoint" genannte Halle errichtet, in der gegen Eintritt diverse Sportgeräte benutzt werden können. Die Initiative dahinter ▶

► ging vom Klagenfurter Jugendreferenten Christian Scheider (BZÖ) aus, dessen Aktivitäten "zugunsten" der Jugend zum Beispiel auf der Homepage sportstattdrogen.at verfolgt werden konnten. Ein kritischer Umgang mit dem Thema Drogenkonsum wurde durch die von Vornherein erfolgte Schubladisierung von illegalisierten Substanzen als "böse" und "schädlich" vermieden. Statt des Schillerparkkonzertes liefen ab 2003 groß angelegte Konzerte in der "Megapoint"-Halle: vor dem Eingang gab's Absperrgitter und einen uniformierten und mit Knüppeln und Pfefferspray bewaffneten Sicherheitsdienst, der Vorkontrollen durchführte und gegen Leute, die sich weigerten sich kontrollieren zu lassen, auch Gewalt anwendete.

Bei den noch verbliebenen Jugendtreffpunkten sorgte die Stadt auch für Kontrolle. So mussten im JuZe Point schon mal Konzertplakate mit einem FPÖ-kritischen Spruch umgeändert werden, weil mit Subventionsentzug gedroht wurde. Auch das "Jugendforum Mozarthof" wandelte sich auf Initiative Scheiders von einem für alle offenen Veranstaltungsraum zur Zentrale der mittlerweile schwarz-orangen Jugendpolitik. Ein Umbau findet statt und die Inhalte bestimmen nicht mehr die NutzerInnen, sondern die Stadt - so dürfen dort keine politischen Veranstaltungen mehr stattfinden.

Ein paar Konzerte (wenn's ganz dick kommt, wie schon geschehen, mit einem Bild Scheiders auf der Eintrittskarte), ein paar "Events", ein wenig Volksgesundheit an der Kletterwand und schon "bietet" die Stadt etwas für die Jugend. Zwischen all diesen Angeboten bleibt kein Platz für selbst Geschaffenes, schon gar nicht wenn es "politisch" sein soll.

Die Antwort der Stadt: Behördenwillkür und Polizeigewalt

Gegen die noch bestehenden Reste unabhängiger Jugendkultur ging die Stadt dann mit der vollen Härte des Gesetzes vor. Anzeigen wegen "Ruhestörung" und Polizei in Zivil bei Konzerten und in linksalternativen Beisln waren keine Seltenheit mehr. Es häuften sich gewalttätige Polizeiübergriffe gegen Punks und andere missliebige Gruppen. Den Höhepunkt erreichte die Repressionswelle, als 15 Polizisten brutal das von "bunten" Jugendlichen frequentierte Lokal Bierjokl / Pri Joklnu überfielen, 5 Personen festnahmen und danach in den Medien von einer "Straßenschlacht mit rechtsradikalen Skinheads" phantasierten. Ein gefundenes Fressen für die von Personalnot geplagte Klagenfurter Polizei, die den "Überfall" (in dem sie sich als Opfer darstellte) offen als Grund für die Aufstokkung des Polizeietats herzuhalten wusste. Jugendreferent Christian Scheider erledigte mit der medienwirksamen "Aktion sicheres Klagenfurt" den Rest. AktivistInnen, die sich gegen diese Politik stellten, wurden und werden bespitzelt und mit Klagen überhäuft.

Im Jahr 2005 begann dann die Hetzjagd auf eine andere Form der Rückeroberung des in "Einkaufsstadt Klagenfurt" umbenannten öffentlichen Raumes. "Aktion Scharf" nannte Bürgermeister Scheucher die intensivierte Verfolgung von Graffiti-SprüherInnen. Auf der anderen Seite setzte Scheider auf die "Graffiti Days", bei denen "der Unterschied zwischen richtiger Kunst und Schmiererei, wie auf unzähligen Hausflächen in der Innenstadt zu finden"[1] aufgezeigt wird. Wenn BZÖ-PolitikerInnen bestimmen, was Kunst ist und was nicht, und nicht die KünstlerInnen selbst, dann muss doch etwas verdammt falsch laufen...

Die Reduzierung von Subkulturen auf "Events" (bei denen das Tragen von bunten Haaren erlaubt ist) ist auch verbunden mit der Entpolitisierung selbiger. Das schlichte Verbot jeglicher straight-politischer Aussage drängt Kultur-AktivistInnen einerseits zum Finden anderer Ausdrucksformen, andererseits zum kompletten Verzicht auf irgendeine politische Aussage, schließlich will mensch es sich nicht mit den letzten, noch möglichen Locations verscherzen. Den selbst geschaffenen politikfreien Raum wissen Scheider und Co. natürlich zu nutzen, um eigene Vorstellungen von Jugendkultur zu forcieren. Auch eine Art der Meinungsmache, sprich: Politik.

Doch was hat das alles mit dem Ulrichsbergtreffen zu tun?

Anpassung und Gehorsam sind zwei zentrale "Werte", die auf dem Ulrichsberg hochgehalten werden. Nur nicht aufmucken, schließlich schadet sowas einem konstruierten Zwangskollektiv, genannt "Volk", das auf Gleichschaltung basiert.

Die MacherInnen der Klagenfurter Jugendkultur sind derzeit nicht etwa Jugendliche selber, sondern Personen, die sich jedes Jahr im Kärntneranzug auf dem Ulrichsberg tummeln. Jugendkultur wird in erster Linie konsumiert, die Möglichkeit sich selber einzuklinken ist zwar gegeben, muss aber im Rahmen dessen bleiben, was kurz gesagt als "Kärnter Konsens" subsummiert werden kann. Auf diesem Konsens beruht auch der deutsch-kärntner Nationalismus, der heute nicht mehr von ein paar alten Herren im Kärntneranzug, sondern von bunthaarigen Jugendlichen weitergesponnen wird. Kärntner Fahnen und Dirndln sind nicht mehr notwendig, Dummheit funktioniert schließlich auch ohne solch schmuckes Beiwerk und Kärnten kann ein wenig Imagepflege betreiben, schließlich "sorgt" es für "die Jugend". 47 Jahre Ulrichsberg sind auch 47 Jahre lange Mainstreamisierung von Anpassung und Gehorsam, mittlerweile auch in der "bunten" Szene.

Seine Stimme gegen den Ulrichsberg zu erheben heißt nicht nur, gegen alte und neue Nazis zu demonstrieren, sondern auch gegen die ganze Scheiße, die einem/r verbietet zu tanzen, zu lieben und zu rebellieren, bzw. in diesem Fall den Tanz, die Liebe und die Rebellion für sich beanspruchen will. ■

1 www.klagenfurt.at/inhalt/66_5029.htm



Graffiti-Days.
In Klagenfurt / Celovec fanden im Juni 2005 zum 2. Mal die "Graffiti"-Days" statt. Diese Veranstaltung gibt sich nach Außen hin "graffiti-fördernd", doch in Wahrheit geht es der Jugendabteilung der Stadt Klagenfurt / Cevolec, mit Stadtrat Christian Scheider (BZÖ) um eine Aufspaltung der KünstlerInnen in "gute" und "böse" SprayerInnen. Diesmal "störten" AktivistInnen die Veranstaltung indem sie Flugblätter verteilten und eine "legale" Wand in die "Modefarbe" Orange tauchten.

Textauszug aus dem 2004 erschienen Buch "Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich." von Robert Foltin.

Slovenci/ke, narodne skupnosti in novi "narodi"

SlowenInnen, Volksgruppen und neue "Völker"

In der zweiten Hälfte der 70er wurden von einem Teil der Szene "unterdrückte Nationalitäten" unterstützt, die vorher wenig Beachtung fanden. Aber im Gegensatz zur BRD waren es in Koroška / Kärnten nicht nur träumerische Projektionen eines neuen Regionalismus, sondern die gelebte Existenz der SlowenInnen im zweisprachigen Gebiet.

Im zweisprachigem Gebiet (slowenisch und deutsch) von Koroška / Kärnten, an der Grenze zu Jugoslawien, fand im Zweiten Weltkrieg der einzige maßgebliche bewaffnete Kampf gegen das Nazi-Regime statt. Den SlowenInnen wurde das nicht gedankt, im Gegenteil, Koroška / Kärnten galt und gilt als deutschnationale und nationalsozialistische Hochburg. Im Staatsvertrag 1955, im berühmten Artikel 7, wurden grundlegende Rechte der "Minderheiten", der SlowenInnen in Koroška / Kärnten und der Steiermark, sowie der KroatInnen im Burgenland festgelegt: zweisprachiger Unterricht, zwei Amtssprachen, zweisprachige topographische Bezeichnungen (Ortstafeln). 1958 erzwang eine Boykott-Kampagne des deutschnational-antislowenischen Kärntner Heimatdienst (KHD) die praktische Abschaffung des zweisprachigen Unterrichts. Als Ersatz wurde das Slowenische Gymnasium in Celovec / Klagenfurt errichtet, das immer wieder als "slowenisches Gift" angefeindet wurde.

1972 setzte die Regierung Kreisky mit knapper Mehrheit im Parlament das Ortstafelgesetz durch, das entsprechend dem Artikel 7 im gesamten zweisprachigen Gebiet zweisprachige topographische Aufschriften vorsah. Nachdem am 20. September 1972 die ersten Ortstafeln aufgestellt wurden, begann der berüchtigte "Ortstafelsturm". Jede Nacht wurden die neuen Ortstafeln wieder und wieder demoliert, meist unter den Augen, wenn nicht mit Unterstützung der Gendarmerie. Bei einem Besuch in Koroška / Kärnten musste Bundeskanzler Kreisky vor einem deutschnationalen Mob flüchten. Ende des Jahres wurde eine "Ortstafelkommission" konstituiert, die aber von den Organisationen der SlowenInnen nicht mehr beschickt wurde, nachdem die Durchführung einer "Minderheitenfeststellung" beschlossen wurde, die eine "geheime Erhebung der Muttersprache" vorsah (Eppel / Lotter 1981, S. 199ff). In den ländlichen Regionen mit dörflicher sozialer Kontrolle bedeutete dies massiven Druck, sich nicht als SlowenIn zu bekennen.

Diese Entwicklungen bewirkten eine Umstrukturierung der politischen Strukturen der Kärntner SlowenInnen / Koroških Slovencev. Dominierten bisher der katholisch-konservativ orientierte Rat der Kärntner Slowenen / Narodni svet Koroškin Slovencev und der linke, oft als "titokommunistisch" bezeichnete Zentralverband / Prosvetna zveza, die hauptsächlich (erfolglose) Lobbypolitik bei den politischen Parteien betrieben, so verlagerte sich der Widerstand durch die akademisch gebildeten Angehörigen der Minderheiten in den außerparlamentarischen Bereich. In allen Universitätsstädten bildeten sich Solidaritätskomitees zur Unterstützung der SlowenInnen (Baumgartner / Perchinig 1995, S. 516).

Die Minderheitenfeststellung am 14. November 1976 scheiterte insofern, als sie im zweisprachigen Gebiet von den meisten SlowenInnen boykottiert wurde, während die Linke in den Städten slowenisch ankreuzte. So wurde ▶

Und wir bewegen uns doch
In kljub temu se premikarno
Soziale Bewegungen in Österreich
Socialna gibanja v Avstriji
von Robert Foltin, 2004,
edition grundrisse



Immer wieder wird - je nach Standpunkt - beklagt oder festgestellt, dass linke Bewegungen in Österreich nie ein größeres Ausmaß erreicht hätten. Trotzdem veränderte sich die institutionelle Struktur wie auch die Sichtweise und Lebensverhältnisse der Bevölkerung auch durch soziale Kämpfe. Internationale Einflüsse waren zwar wichtig, aber es gab auch hier mehr oder minder starke Aktivitäten. Diese Bewegungen, von den Revolten des Lebensstils der '60er über die Besetzung der Wiener Arena, den Widerstand gegen das AKW Zwentendorf und das Wasserkraftwerk Hainburg, die Proteste gegen die Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten bis hin zu den Studierendenstreiks '87 und '96 und vieles mehr werden von Robert Foltin nachgezeichnet. Nicht zu vergessen die Bewegung gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung ab dem Februar 2000, die eine für Österreich unerwartete Intensität hatte, aber auch der relativ schwache Widerhall der globalen Protestbewegung zu Beginn des neuen Jahrtausends. Im Zusammenhang mit seinen historischen Betrachtungen aus Perspektive des Widerstandes entwikkelt der Autor auch eine Analyse der Transformation internationaler Entwicklungen und eine Beschreibung der Veränderungen der herrschenden Strukturen - nicht nur in Österreich.

Bestellungen unter:
www.grundrisse.net

festgestellt, dass in Wien dreimal soviele SlowenInnen leben wie in den gemischtsprachigen Regionen Kärntens / Koroške. Baumgartner / Perchinig (1995, S. 517) sehen in dieser Boykottbewegung eine der breitenwirksamsten politischen Bewegungen der Zweiten Republik. Konkrete Verbesserungen für die slowenische Bevölkerung brachte diese Bewegung nicht. Eine Zeit lang fand jährlich in Celovec / Klagenfurt die Oktobrski Tabor / Oktoberarena statt, eine Veranstaltung, die die politischen Anliegen der SlowenInnen mit den kulturellen verbinden wollte (Baumgartner / Perchinig 1995, S. 521). Inzwischen fanden gesellschaftliche Veränderungen statt: während die Assimilation in den traditionell gemischtsprachigen Regionen fortschritt, immer weniger Menschen aktiv slowenisch sprachen, verbreitete sich das Bewusstsein über die Vorteile der Zweisprachigkeit unter Linken und Liberalen der Städte. Die Ostöffnung und der Beitritt zur EU veränderten den Stellenwert der Sprache und der Beziehungen zum Nachbarland Slowenien. Heute gibt es zusätzliche ökonomische Motivationen für den Erwerb zweisprachiger Kompetenz.

Parallel zur Solidaritätsbewegung mit den Kärntner SlowenInnen / s Koroškimi Slovenci wurden in den Städten neue Subjekte und ein neuer Regionalismus "entdeckt" (verbunden auch mit Elementen eines "Heimatgefühls" im Zusammenhang mit BürgerInneninitiativen): die unterdrückten "Völker", die erst jetzt ihren Kampf um Selbstbestimmung begannen,die "Bretonen", die "Okzitanen", die "Korsen" in Frankreich, die "Sarden" in Italien, die "Basken", die "Katalanen", dann auch noch die "Galizier" in Spanien, die "Schotten" und die "Waliser" in Großbritannien, natürlich die IRA als bewaffnet kämpfende Organisation der katholischen "Nordiren". Aus der Stimmung von 1968 heraus galt die Sympathie besonders jenen, die bewaffnet kämpften und sich einer linken Rhetorik befleißigten. Die "kämpfenden Völker" hatten sich vervielfältigt. Auch in den entkolonisierten Staaten wurden neue "Stämme und Völker" entdeckt. Auf sie hatten die Grenzziehungen keine Rücksicht genommen (vgl. ZB Nr. 8, S. 16). Ein Lieblingsobjekt wurde dabei das "größte Volk ohne Staat", die "Kurden". Aufgeteilt zwischen der Türkei, dem Iran, dem Irak und Syrien. Die Idealisierung mancher dieser "kämpfenden Völker", oder besser, irgendwelcher bewaffneter Organisationen, die sich als VertreterInnen dieser "Völker" sehen (die ETA als bewaffnet kämpfende baskische Organisation, die PKK als kurdische Organisation, solange sie noch bewaffnet gegen die Türkei kämpfte), hat sich bis heute fortgesetzt, andere sind einfach vergessen worden. Wen interessieren heute noch die "Korsen", die "Sarden", die "Bretonen"? ■

Widmungstafel "Khevenhüller JR 7"

Graf Ludwig Andreas von Khevenhüller war Befehlshaber der österreichischen Armee, der unter Prinz Eugen bei Peterwardein und Belgrad und in Italien kämpfte, sowie Bayern eroberte und 1744 in Wien verstarb.

Das Khevenhüller-Wappen ziert auch den Jahrgangsorden 1974 des Österreichischen Bundesheeres: Schwarzer Schild mit goldener Inschrift "Khevenhüller", "Mut-Tapferkeit-Treue". Darin die Jahreszahl 1744. Militär-Maria-Theresienkreuz und über zwei gekreuzten Klingen das Wappen Kärntens. Darüber hinaus ist der Spruch "Mut-Tapferkeit-Treue" auch der Wahlspruch der Katholisch Österreichischen Studentenverbindung (K.ö.St.V.) Gral zu Klagenfurt.

Ursprünglich kommt der Spruch jedoch vom Kärntner Infanterieregiment Nr. 7 "Fürst von Khevenhüller" (heute: Jägerbataillon 25), auf das sich die Tafel am Ulrichsberg auch beziehen dürfte. Zudem ging ein Großteil des Regiments 1938 in das Nachfolgeregiment Gebirgs-Jägerregiment 139 über. Ihr erster Einsatz: der Überfall auf Polen 1939. Dieses Regiment ist



außerdem mit einer zusätzlichen Tafel vertreten.

Jener Alois Maier-Kaibitsch, der im nationalsozialistischen Kärnten maßgeblicher Organisator der sogenannten "Aussiedlung" der Kärntner SlowenInnen 1942 war, diente 1919 als Hauptmann der Maschinengewehrkompanie beim 7. Infanterieregiment. In einem Artikel der nationalsozialistischen "Kleinen Kärntner Zeitung" vom 11. Februar 1942 werden die "Leistungen" von Maier-Kaibitsch im sogenannten "Abwehrkampf" ausführlich bejubelt. Danach wurde er in den "Kärntner Heimatdienst" "berufen" und setzte seine "Karriere" 1938 bruchlos im nationalsozialistischen "Kärntner Heimatbund" fort. Die "Kleine Kärntner Zeitung" hat 1942 viel von Maier-Kaibitschs Aktivitäten für die illegale NSDAP vor "dem Siege" zu berichten. Im April 1941 war der mittlerweile zum Major beförderte Maier-Kaibitsch mit einer Gebirgsjägerdivision beim Überfall auf Jugoslawien dabei und wurde danach "zum Leiter der Dienststelle des Beauftragten des Reichsführers-SS für die Festigung des deutschen Volkstums in diesem Gebiet berufen" – in dieser Funktion war er wesentlich für die Planung und Durchführung der Deportation von Kärntner SlowenInnen in mehrere Lager im "Altreich" verantwortlich.

Der "Kärntner Heimatdienst" (KHD) fand noch in einer 1959 erschienenen Broschüre schwülstige Lobesworte für den Nazi Maier-Kaibitsch, der in einem Nachkriegsprozess nach §5 des Kriegsverbrechergesetzes zu lebenslangem Kerker verurteilt wurde.

Quellen: www.kaernoel.at; Verband ausgesiedelter Slowenen (Hg.): Zum 40. Jahrestag der Vertreibung der Kärntner Slowenen und ihrer Eingliederung in den Kampf gegen den Nazifaschismus. Klagenfurt / Celovec. Hermagoras / Mohorjeva. 1982

Ulrichsberg 1997
Tu pomaga le še napad z barvo?

V noči na 17. avgust 1997 je bil pobarvan spominski kraj na Ulrichsbergu, uničene so bile tamkajšnje spominske plošče. Akcijo je priznala v tozadevnem pismu "kommando z.a.l.a.". Akcija je sprožila raznoliko javno diskusijo v avstrijskih medijih, predvsem pa na Koroškem predlog politologa Antona Pelinke iz Innsbrucka, da bi se na Ulrichsbergu spominjali poleg nacionalsocialistov tudi antifašistov ...

Da hilft nur noch Farbattacke?

In der Nacht auf den 17. August 1997 wurde die "Heimkehrergedenkstätte" am Ulrichsberg bemalt und dort angebrachte Gedenktafeln zerstört. Zu der Aktion bekannte sich in einem entsprechenden Schreiben ein "kommando z.a.l.a." wie folgt:

DIESE GEDENKSTÄTTE WURDE AM 17. AUGUST 1997 SCHANDBAR UND PIETÄTLOS ZERSTÖRT.

DANK DER SPENDEN KONNTEN GEDENKSTÄTTE UND EHRENTAFELN WIEDERHERGESTELLT WERDEN.

1997 / 1998 DIE ULRICHSBERGGEMEINSCHAFT

"jährlich am ersten sonntag im oktober lockt der ulrichsberg ein paar tausendschaften ehemaliger frontkämpfer an, darunter zahlreiche ss-angehörige aus dem in und ausland. gemeinsam gedenken sie der gefallenen kameraden aus dem ersten und zweiten weltkrieg. es ist das größte kontinuierliche treffen ehemaliger wehrmachts und ss-angehöriger. es sind jedoch nicht nur alte, unverbesserliche nazis von "seinerzeit", die hier um die toten aus den eigenen reihen trauern. von jungen, militanten neonazis aus dem vapo-umfeld, über schlagende burschenschaften, bis hin zu ranghohen vertretern des öffentlichen lebens ist ein breites gesellschaftliches spektrum bei den ulrichsbergtreffen vertreten.

politiker von fpö, övp und spö, bundesheerangehörige und dienstlich abgestellte einheiten des landesgendameriekommandos kärnten genierten sich nicht, neben prominenten alt- und neonazis an den feierlichkeiten rund um den ulrichsberg teilzunehmen. erst als bekannt wurde, daß auch die als mutmaßliche briefbombenattentäter inhaftierten neonazis peter binder und franz radl jun. regelmäßig an den treffen teilnahmen, zogen es die sp-spitze und das landesgendameriekommando kärnten vor, keine offiziellen vertreter mehr zum ulrichsberg zu schicken (...)

wir haben die gedenkstätte ulrichsberg zerstört, nicht, um die vergessen zu machen, die die geschichte des zweiten weltkrieges so blutig geschrieben haben. vergessen werden wir sie nicht, die den tod von millionen von menschen auf ihrem gewissen haben. vergessen werden wir sie nicht, die im grauen feldrock für ein system der vernichtung und des todes ihr leben ließen, aber ehren, ehren niemals. ehre gebührt all jenen, die den mut hatten, sich zu wehren, die der wahrheit ins auge blickten und dem faschismus, auch wenn er noch so übermächtig schien, den kampf ansagten. jene zu ehren bedeutet nicht an kranzniederlegungen und anderen feierlichkeiten teilzunehmen, sondern, den kampf in ihrem namen weiterzuführen.

wir haben die gedenkstätte ulrichsberg angegriffen, um zu zeigen, daß die geschichte uns gelehrt hat, unser wissen nicht als erkenntnis, sondern als pflicht zu verstehen. als pflicht, die augen offen zu halten und geschehendes unrecht konsequent zu bekämpfen. faschismus ist unrecht ! und antifaschist/in zu sein bedeutet nicht nur, antifaschistisch zu denken. antifaschist/in zu sein bedeutet vor allem auch sich der verantwortung bewußt zu werden und danach zu handeln. (...) ▶

► *"sag nie, du gehst den letzten weg", ein altes partisanenlied, ist der rote faden der uns stets weiterführt. selbst dann, wenn der kampf schwer ist, ja schier aussichtslos erscheint, ist es der rote faden, der uns hoffnung gibt, der uns möglichkeiten, perspektiven und wege entdecken läßt, die längst vergessen schienen. kommando z.a.l.a."*

Eine rege, mitunter dubiose öffentliche Diskussion in den österreichischen Medien über diesen vermeintlichen "Terrorakt" war die Folge, diese führte nicht nur zu Distanzierungen und einer Verurteilung der Aktion von allen möglichen Seiten, sondern auch zu einer Thematisierung der nationalsozialistischen Hintergründe der Gedenkstätte in einer breiteren Öffentlichkeit.

Der Vorschlag des Innsbrucker Politologen Anton Pelinka, am Ulrichsberg nicht nur der NationalsozialistInnen, sondern auch der AntifaschistInnen zu gedenken, führte dafür zu einigen Aufregungen unter den Heimkehrern. Von der Ulrichsberggemeinschaft war zu diesem Vorschlag zu hören: "Der Ulrichsberg ist ausschließlich eine Heimkehrergedenkstätte und soll es auch bleiben" (Leopold Guggenberger, Präsident der Ulrichsberggemeinschaft). Moderater gab sich der Kärntner Heimatdienst: "Aus meiner Sicht ist es denkbar, auch Tafeln für NS-Widerstandskämpfer anzubringen" (Josef Feldner, KHD-Obmann). Zynisch beschwichtigend der Kärntner Kameradschaftsbund: "Wir haben die Kärntner Slowenen, die in der deutschen Wehrmacht gekämpft haben, immer schon in unser Gedenken eingeschlossen" (Kärntner Kameradschaftsbundobmann und SPÖ-Politiker Rudolf Gallob). Noch klarere Worte fanden kleinere Mitglieder der Ulrichsberggemeinschaft, die eine Öffnung für "Widerstandskämpfer und andere Organisationen, die hinterrücks gegen uns gekämpft haben" dezidiert ablehnen, weil dem "lebenden Feind" nicht die Hand gereicht würde, "dem toten ja, aber nicht dem lebenden" (ehemaliger SS-Offizier Alois Warum im ORF-Report). Auch FPÖ-Obmann Haider stellte unmißverständlich klar, "daß jedes Abweichen von der bisherigen Tradition eine Verfälschung des Ulrichsberg-Gedankens darstelle und daher aus der Sicht der Freiheitlichen strikt abzulehnen sei" (FPÖ-Pressedienst). Und für den freiheitlichen Landesparteisekretär Helmut Prasch kommt "eine Teilnahme von Kräften, die ehemals für die Teilung Kärntens und damit gegen die Einheit der Republik Österreich eingetreten" seien - ganz im Gegensatz also zur Waffen-SS und zur deutschen Wehrmacht - ebenso nicht in Frage (FPÖ-Pressedienst).

Ein vom damaligen Kärntner Landeshauptmann Zernatto (ÖVP) initiierter "Expertengipfel" unter der Leitung des ÖVP-Historikers Stefan Karner war der letzte Akt in der Diskussion über die Wiederherstellung der Gedenkstätte und führte konsequenter Weise zum Beschluss, die Gedenkstätte ohne Veränderungen wieder aufzubauen.

Auch über die möglichen TäterInnen wurde allerorts munter spekuliert - selbst eine 74-jährige ehemalige Partisanin mit dem Decknamen Zala blieb dabei von Verdächtigungen nicht verschont - ausfindig gemacht werden konnten sie jedoch bis heute nicht. ■

Quellen: Lotta Dura (Nr. 10/97): "Was blieb vom Ulrichsberg?"; TATblatt (Nr. +82/97): "Andenken an Wehrmacht und Waffen-SS besudelt!" www.nadir.org



Fallschirmjäger

Über der NS-Parole der Fallschirmjäger der Wehrmacht "Treue um Treue" finden sich zwei leicht veränderte Abzeichen. Das erste ist das "Fallschirmschützenabzeichen"; Einführungsdatum: 1936 - Stifter: Reichsmarschall Hermann Göring (Oberbefehlshaber der Luftwaffe und Reichsminister der Luftfahrt). Das Abzeichen wurde jedoch "leicht" modifiziert, hält der Adler im Sturzflug doch im Original ein Hakenkreuz in seinen Klauen, was bei dieser Darstellung jedoch weggelassen wurde. Dazu heißt es im Luftwaffen-Verordnungsblatt vom 16. November 1936: "Beschreibung: Das Fallschirmschützenabzeichen besteht aus einem hochstehend ovalen, leicht gewölbten, massiven Kranz, rechte Hälfte Lorbeer, linke Hälfte Eichenlaub, mit aufgesetztem massivem vergoldetem, gleitendem Adler mit Hakenkreuz in den Fängen. Die Adlerkonturen und das Hakenkreuz sind poliert."



"118. Jägerdivision"

Die "118. Jägerdivision" wurde am 1. April 1943 durch die Umbildung der 718. Infanterie-Division in Bosnien aufgestellt. Teile der 718. Infanteriedivision, in der eine Vielzahl von österreichischen Generälen in wichtigen Kommandopositionen eingesetzt war, wurden am 26. und 27. Oktober 1941 bei der Ergreifung der Jüdinnen und Juden in Sarajevo zur Abriegelung der Stadt abkommandiert. In den Jahren 1943-1945 war die 118. Jägerdivision am Unternehmen 'Schwarz-Weiß' gegen PartisanInnen im Raum Foca und an der Drina, der Entwaffnung italienischer Verbände bei Podgorica und in weiterer Folge an "Abwehrkämpfen" im ehemaligen Jugoslawien, in Ungarn und in Österreich beteiligt. Zu den Kommandeuren der 118. Jägerdivision gehörten unter anderen der Generalmajor Josef Kübler, der seinen Truppen befahl: "Gefangene Banditen sind zu erhängen oder zu erschießen. Wer die Banden durch Gewährung von Unterschlupf oder Verpflegung, durch Verheimlichung ihres Aufenthaltes oder sonst durch irgendwelche Maßnahmen freiwillig unterstützt, ist todeswürdig und zu erledigen." Schon 1939 wurde ihm von Adolf Hitler das Ritterkreuz für "schneidiges Eindringen in Polen" umgehängt.

Ulrichsberg 2000

Tu pomaga le še napad s helikopterjem!

Da Hilft nur noch Hubschrauberangriff!

Pred srečanjem na Ulrichsbergu leta 2000 je skrbela akcija gettoattak-a, ki je postala prezgodaj splošno znana, na Koroškem za nemir in zbudila pozornost v ostali Avstriji. Aktivisti/ke so načrtovali najeti helikopter, s katerim bi intervenirali/e v slovesnosti na Ulrichsbergu ...

Im Vorfeld des Ulrichsbergtreffens 2000 sorgte eine frühzeitig publik gewordene Aktion von gettoattack für Aufruhr in Kärnten und Aufsehen in Rest-Österreich.

Die AktivistInnen hatten geplant, einen Hubschrauber anzumieten und damit aus der Luft in die Feierlichkeiten am Ulrichsberg zu intervenieren. So sollte sich der Hubschrauber, den "Wallküren Ritt" von Richard Wagner abspielend, dem Treffen nähern, dann über der "Heimkehrer-Gedenkstätte" kreisen und dabei die anwesenden Kameraden aus Wehrmacht und SS mit Joseph Goebbels rhetorischer Frage "Wollt ihr den totalen Krieg?" beschallen. Nach dieser Attacke aus der Luft, sollte die Aufregung unter den Veteranen genutzt werden und mit einem "Angriff" am Boden nachgesetzt werden. Es wäre weiters geplant gewesen, dass der Schauspieler Hubsi Kramar, in der Rolle Adolf Hitlers, zusammen mit vier Begleitern in einem Jeep an den "Kameraden" vorbei auf den Berg fährt und dort versucht, vor Jörg Haider die Rednertribüne zu erklimmen. Abgeschlossen werden sollte die Aktion durch einen "Flugblattregen" aus dem immer noch über dem Ulrichsberg kreisenden Hubschrauber.

Nachdem die Intervention in der letzten Phase der Vorbereitungen aufgeflogen war, entschied gettoattack die konkrete Aktion abzubrechen und stattdessen als "Kommunikationsguerilla" weiterzuführen.

Im folgenden Kasten eine Dokumentation der Ereignisse rund um die "Ulrichsberg-Attacke" von der Gruppe gettoattack.

Ulrichsberg-Attacke: Chronik der wichtigsten Ereignisse

Montag, 25.9.
Erste Hinweise auf eine Abhöraktion durch die Staatspolizei.

Dienstag, 26.9.
Vormittag: Anruf der "Kärntner Krone": Hintergründe der geplanten Hubschrauber-Demonstration?
Nachmittag: Anruf der Staatspolizei unter der selben Handy-Nummer. Rückfrage, woher die Handy-Nummer stammt; Antwort: "Es gibt einen Akt".

Mittwoch, 27.9.
Erste Berichte der "Kärntner Krone" (Titelseite) über "Demo gegen Ulrichsberg-Feier: Protest vom Hubschrauber aus". Versuch der "Kärntner Krone", die Aktion der "Plattform Offenes Kärnten" zuzuschreiben. Heftiger Angriff des Klubobmanns der FPÖ im Kärntner Landtag auf die Kärntner SPÖ-Bundesrätin Melitta Trunk, die ihre "Funktion" in der "kärntenfeindlichen" Plattform dazu verwenden solle, diese Aktion zu verhindern. Entscheidung seitens gettoattack, die Aktion nur noch als "virtuelle Aktion" durchzuführen. Erste Presseaussendung von gettoattack mit einer Bestätigung der geplanten Aktion.

Donnerstag, 28.9.
Weiterer Anruf der "Kärntner Krone" mit dem Versuch, Namen der "Mitglieder des Vereins gettoattack" zu erfahren. Schriftwechsel mit der "Krone".

Freitag, 29.9.
Zweiter großer Bericht der "Kärntner Krone" (Titelseite) – "Chaos-Attacke auf Ulrichsberg!" – über Details der geplanten Aktion laut erster Presseaussendung von gettoattack. Zweite Presseaussendung: Bestätigung des Gerüchts vom geplanten "Flugblattregen".

Samstag, 30.9.
Großer Bericht der "Kleinen Zeitung" (Titelseite): "Störaktion am Ulrichsberg: Luftraum wird kontrolliert". Bericht der "Kärntner Krone" über den "Flugblattregen". Dritte Presseaussendung von gettoattack: Ankündigung von Hubsi Kramar als Adolf Hitler. Kommentar von Noricus / Andreas Mölzer in der "Kärntner Krone". Berichte des ORF (Ö3, Ö1) u.a. über ein Großaufgebot der Polizei, durch das ungebetene Gäste ferngehalten werden sollen. Berichte über eine Luftraumsperre.

Montag, 2.10.
Diverse Medienberichte mit Erwähnung der geplanten Aktion.

Dienstag, 3.10.
gettoattack Pressekonferenz im Depot / Museumsquartier, Wien.

Mittwoch, 4.10.
"Falter"-Artikel: "Kein Hubsi, kein Heli". Zweiter Kommentar von Noricus / Andreas Mölzer in der "Kärntner Krone".

Donnerstag, 5.10.
"Volksstimme": Kommentar auf der Titelseite.

Außerdem:
Diverse Berichte in mehreren Online-Medien über geplante Störaktionen. Ausführliche Berichte mit laufenden Updates im Online-Standard.

Quelle: gettoattack, www.gettoattack.net

Pravna pomoč

Pri akcijah okrog Ulrichsberg-a bodo razdeljeni lističi s tel.štev. pravne pomoči, ki jo lahko pokličes v slučaju aretacije. V naslednjem je navedeno, kaj je treba upostevati v zvezi s protestnimi akcijami okrog Ulrichsberg-a/Vrha v zvezi s policijo.

Rechtshilfetipps

Was ist eine Rechtshilfe (RH) und was macht sie?
In erster Linie ein Telefondienst, der versucht, Festgenommenen möglichst schnell rechtliche Unterstützung zukommen zu lassen. Bei den Aktionen rund um den Ulrichsberg werden Zettel mit der Rechtshilfetelefonnummer verteilt werden, diese Nummer solltest du dir am besten mit wasserfestem Stift auf deinen Unterarm schreiben, damit du sie in Stresssituationen schnell bereit hast. Wenn du eine Festnahme beobachtest oder selber festgenommen wirst, dann melde dich bitte bei der Rechtshilfe (RH)und teile ihr deine Informationen mit.

Die Rechtshilfe versteht sich als Teil der Gegenaktivitäten rund um den U-Berg und wird versuchen, die von Repression im Vorfeld oder während der Aktionen und danach Betroffenen solidarisch zu unterstützen.

Kontrollen im Vorfeld
Predhodne kontrole
Schon bei der Anreise nach Kärnten / Koroška kann es passieren, dass die Polizei z.B. im Zug oder am Bahnhof eure Ausweise sehen und einen Blick in eure Rucksäcke werfen will. Grundsätzlich ist die Polizei verpflichtet, euch den Grund (Zweck + Anlass) für die 'Amtshandlung' zu nennen. Diesen wird sie aber erfahrungsgemäß schnell gefunden haben, in schwammigen Begriffen wie 'Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit' oder ähnlichem. Nach so einer 'Perlustrierung' habt ihr das Recht von den BeamtInnen ihre Dienstnummer zu erfahren. Das ist eine Art Visitenkarte, die die Zugehörigkeit der/des BeamtIn ausweist (und die im Gesetz vorgeschrieben ist: §31 Abs2 Z2 SPG). Meist werden die PolizistInnen mehr fragen als nach eurem **Namen, Geburtsdatum und Meldeadresse;** ihr müsst aber nichts weiteres als eben diese drei Daten angeben (§35 Abs2 SPG), da sie zur Identitätsfeststellung ausreichend sind (Achtung Minderjährige, also unter 18 Jahren: auch der Name der Eltern muss angegeben werden!). Es ist wahrscheinlich, dass die BeamtInnen nach dem Grund eurer Fahrt nach Kärnten / Koroška, Unterkunft... fragen, auch auf diese Fragen (oder andere) müsst ihr nicht antworten, was mit keinerlei Konsequenzen verbunden ist.

Falls sie eure Kleidung z.B. nach gefährlichen Gegenständen absuchen wollen, haben Frauen das Recht, von einer Polizistin durchsucht zu werden.

Wenn einEr von euch keinen Ausweis bei sich hat: An sich gibt es für ÖsterreicherInnen keine Ausweispflicht, allerdings empfehlen wir euch, einen dabei zu haben, da die Identitätsfeststellung ohne Ausweis länger dauern kann, und ihr vielleicht mit auf die nächste Wachstube müsst. Allerdings kann eine andere Person über 18, welche selber einen Ausweis mit sich führt, eure Identität bezeugen.

Personen, die weder unter den Status ÖsterreicherIn noch EU-BürgerIn fallen, müssen einen gültigen Reisepass mit sich führen.
Und ganz wichtig:
Lasst euch nicht provozieren!
Izjemno važno
Ne dajte se provocirati!

Demo: wie + was
Meist werden Demos in Österreich von den OrganisatorInnen polizeilich 'angezeigt', die Polizei weiß also von den Demos und kann sich dementsprechend darauf vorbereiten (z.B. Straßensperren...). Eine polizeiliche 'Genehmigung' ist für eine 'politische Kundgebung' (z.B. eine Demo), so der Gesetzeswortlaut, nicht vorgesehen. Das Versammlungsgesetz steht im Verfassungsrang, das heißt, dass es über anderen Gesetzen wie z.B. der Straßenverkehrsordnung steht.

Das wiederum bedeutet, dass - falls eine Demonstration mal spontan durchgeführt wird - diese nie 'illegal' sein kann, weil eben das Grundrecht auf 'Versammlungsfreiheit' über anderen Rechten wie z.B. dem aufrechten Verkehrsfluss steht.

Nur in wenigen Fällen, wenn z.B. die öffentliche Ordnung oder Sicherheit gefährdet ist oder bei NS-Wiederbetätigung, kann die Polizei die Demo - egal ob spontan oder 'angemeldet' - auflösen, was sie mittels Megaphon tun muss.

Auf eine Demo/politische Kundgebung solltet ihr mitnehmen: **einen amtlichen Lichtbildausweis (FührerInnenschein, StudentInnen-, SchülerInnenausweis, Pass...), was Antialkoholisches zu Trinken, (falls es mal länger wird) und die Rechtshilfenummer** (am besten in schriftlicher Form auf eurem Unterarm). Dinge wie Adress- und Notizbücher, Kalender, Fotos, Taschenmesser, Pfeffersprays, Hunde, Drogen und Alkohol haben auf einer Demo nix verloren. Außerdem sollte mensch sich bewusst sein, dass Handys mit ihren Telefonlisten ebenfalls eine Gefahrenquelle darstellen (auch ausgeschaltet), sollten sie in falsche Hände fallen.

Geht gemeinsam mit anderen Menschen zum Treffpunkt, damit bei Vorfeldkontrollen keinEr alleine ist und verlasst die Demo auch wieder gemeinsam. Bleibt auf der Demo zusammen und versucht den Infofluss aufrechtzuerhalten (achtet z.B. auf Megaphondurchsagen).

Erfahrungsgemäß laufen in der Demo selber immer wieder ZivilpolizistInnen mit, die mehr oder weniger schlecht getarnt sind... Schreit daher nicht eure Namen herum, sondern sprecht andere eher mit 'hey du' an. Außerdem wird am Rande von Demos meist heftig von der Polizei gefilmt; Menschen, die ihre Gesichtszüge durch Tücher, Hassis... unkenntlich machen, sich also vermummen, um ihre Identitätsfeststellung zu verhindern oder zu erschweren, machen sich nach dem **Vermummungsverbot** strafbar. Dieses Gesetz besteht seit September 2002, und zur Zeit gibt es nur ganz wenig Erfahrung im Umgang mit dem Vermummungsverbot. Fest steht aber, dass Menschen, die im Rahmen eines (versteckten) Theaters Masken tragen oder geschminkt sind, ja nicht ihre Identität verschleiern wollen, sondern eben Teil einer Inszenierung sind.

Des weiteren verbietet das Vermummungsverbot theoretisch das Mitführen von Ketten, Stangen, Trinkflaschen, Nietengürtel usw., kurz von 'Gegenständen, die geeignet sind, Gewalt gegen Menschen oder Sachen auszuüben', so der Gesetzeswortlaut. Was also genau darunter fällt, hängt von den jeweiligen BeamtInnen ab, und es ist schwer einschätzbar, ob sie z.B. in Vorkontrollen Menschen Trinkflaschen oder Nietengürtel abnehmen werden. Rein gesetzlich wäre es jedenfalls möglich.
Das Vermummungsverbot im Wortlaut: no-racism.net



Tafel der "División Azul"

Die "Blaue Division" wurde 1941 von Franco aufgebaut und umfasste ca. 19.000 Freiwillige, alles überzeugte Faschisten, die im Krieg gegen Russland eingesetzt wurden. Obwohl die Truppen 1943 zurückgezogen wurden, blieben viele "Freiwillige" und kämpften an der Seite Deutschlands. Auf der Tafel befinden sich zwei Symbole; das linke Symbol ist das Abzeichen der "Blauen Division", allein das Hakenkreuz in der Mitte fehlt.

Festnahme - selber + ZeugIn
Wenn du selbst festgenommen wirst:
versuche ruhig zu bleiben und nicht panisch zu reagieren. Egal was die BeamtInnen sagen oder wie, sie werden versuchen, dir Angst zu machen, dich einzuschüchtern, dich klein zu kriegen. Versuche direkt bei der Festnahme Umstehenden mitzuteilen, wer du bist (also Name, Geburtsdatum und Meldeadresse), damit diese die Rechtshilfe informieren können. Wenn du noch nicht volljährig, das heißt unter 18 bist, hast du das Recht auf eine volljährige Vertrauensperson, die die ganze Zeit über anwesend sein darf.

Wahrscheinlich wirst du von den PolizistInnen auf eine Wache gebracht, wo du das Recht auf **zwei erfolgreiche Anrufe** hast (§178 StPO). Unser Tipp ist es, dein Recht auf diese Telefonate höflich aber bestimmt einzufordern. Ruf dann die Rechtshilfe oder, falls du diese nicht erreichst, eine Person deines Vertrauens an und teile deine Festnahme mit. Gib deinen Namen, Geburtsdatum, wo du festgenommen wurdest und wo du vermutest, gerade zu sein (welche Wachstube) an, außerdem ob noch andere mit dir festgenommen worden sind, und wen die Rechtshilfe verständigen soll (z.B. deine Eltern...).

Außerdem muss dir die Polizei mitteilen, warum du festgenommen wurdest, und, dass du das **Recht auf Aussageverweigerung** hast, was dich nicht belasten kann (§178 StPO).

Lass dich in Polizeigewahrsam auf keinerlei Gespräche mit den BeamtInnen ein, selbst die harmlosesten Gespräche (Wetter, Haustiere...) mit ihnen können zu Punkten führen, die du besser nicht erzählst. Lass dich nicht von ihrer Freundlichkeit oder Aggressivität (oder beidem) verunsichern - die PolizistInnen sind für genau diese Situationen geschult worden und würden allzu gerne wissen, was du nicht alles gemacht hast, wo du organisiert, mit wem du angereist bist usw. Sag einfach, dass du von deinem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch machst (§179 StPO). Wir empfehlen dir (wie die meisten RechtsanwältInnen übrigens auch), bei der ▶

► Polizei weder eine Aussage zu machen, noch irgendetwas zu unterschreiben, da alles gegen dich verwendet werden kann und wird. Für allfällige Aussagen ist später, nach eingehenden Beratungen mit Rechtskundigen oder einer/m AnwältIn, noch immer Zeit. Auch wenn BeamtInnen dir einreden wollen, dass eine Aussage dich entlastet oder, dass das Strafausmaß geringer wird, vergiss nicht: **Über strafbare Handlungen zu urteilen ist Sache des Gerichts, nicht Sache der Polizei!**

Es kann sein, dass bei Festgenommenen eine **erkennungsdienstliche Behandlung** nach §65 SPG durchgeführt wird. Das bedeutet, sie werden von dir Fingerabdrücke nehmen und Fotos machen. Die BeamtInnen sind dazu berechtigt, diese Maßnahmen auch mit 'Zwangsgewalt' durchzusetzen (§78 SPG); aber wer sagt denn, dass mensch nicht besonders lustig auf den Fotos auskucken darf?!

Andere ,Untersuchungen', wie z.B. eine Körperhöhlendurchsuchung, dürfen nur von PolizeiärztInnen oder GerichtsmedizinerInnen vorgenommen werden, wenn der Verdacht besteht, dass Drogen in Körperöffnungen versteckt werden. Du hast allerdings nicht mehr das Recht auf Wahl einer Person deines Geschlechts.

Als Richtlinie für die Dauer der Festnahme gilt:
Bei **Verwaltungsübertretungen** wie z.B. "Erregung öffentlichen Ärgernisses" musst du **nach spätestens 24 Stunden** wieder freigelassen werden.

Bei gerichtlich strafbaren Delikten wie z.B. Sachbeschädigung, "Widerstand gegen die Staatsgewalt"... musst du **spätestens nach 48 Stunden** wieder freigelassen oder innerhalb derselben Frist der/dem UntersuchungsrichterIn vorgeführt werden. DiesEr entscheidet dann, ob du freikommst oder ob Untersuchungshaft verhängt wird. Auch bei diesem Verhör muss weder die Wahrheit noch sonst irgendetwas gesagt werden. Wenn U-Haft verhängt wird, dann bekommst du einen schriftlichen Haftbefehl ausgestellt..., außerdem solltest du dann schon mit einem/r AnwältIn von draußen Kontakt gehabt haben.
Wichtig: Wenn du freikommst, dann teile das bitte unverzüglich der Rechtshilfe mit!

Außerdem solltest du ein **Gedächtnisprotokoll** verfassen, in dem du detailgetreu beschreibst, was genau passiert ist. Diese Gedächtnisprotokolle dienen der Nachvollziehbarkeit des Geschehenen - also auf keinen Fall veröffentlichen oder per Mail durchs Netz schikken, sondern an einem sicheren Ort verwahren oder der Rechtshilfe übergeben!

Solltest du in Polizeigewahrsam schlecht behandelt worden sein, dann hast du im Nachhinein die Möglichkeit, eine Beschwerde beim "Unabhängigen Verwaltungssenat" einzulegen. Die Rechtshilfe wird dich dazu gerne beraten!

Solltest du verletzt worden sein, dann suche umgehend eine/n ÄrztIn deines Vertrauens auf, lass dir alles bescheinigen (ärztliches Attest) und mache von deinen Verletzungen Fotos: Bei einem eventuellen Gerichtsverfahren kann das alles sehr nützlich sein!

Wenn du eine Festnahme beobachtest:
Versuche Namen, Adresse und Geburtsdatum der festgenommenen Person zu erfahren, um diese Daten der Rechtshilfe mitteilen zu können. Ruf die Rechtshilfe an und sag ihr außerdem, wo die Festnahme erfolgte. Des weiteren kann versucht werden, die involvierten BeamtInnen zu fragen, wohin die festgenommene Person gebracht wird, warum die Festnahme erfolgte und wie die Dienstnummern der 'amtshandelnden' BeamtInnen lauten.

Wenn Leute verletzt sind
Versucht sie aus der Gefahrenzone zu bringen, beruhigend auf sie einzuwirken und Personen ausfindig zu machen, die Sani-Zeux (Erste-Hilfe-Kasten) bei sich haben. Lasst Verletzte nie alleine! Wenn ihr das Gefühl habt, dass die Verletzung schwerer ist, oder ihr alleine damit nicht mehr klar kommt, dann verständigt die Rettung und findet eine Vertrauensperson, die die Rettung ins Krankenhaus begleitet.

Platzverbot / Platzverweis
Manchmal weist die Polizei Menschen von öffentlichen Plätzen weg und erteilt ihnen ein sogenanntes Platzverbot nach §36 SPG. Dies muss aber aus bestimmten Gründen erfolgen, was meist damit begründet wird, dass an einem bestimmten Ort eine allgemeine Gefahr für Leben und/oder Eigentum besteht, sich andere Menschen davon gestört fühlen und alle anderen Mittel, wie z.B. die Bitte sich leiser zu verhalten, keine Wirkung gezeigt hat.

Spätestens 6 Stunden nach Aussprache des Platzverbots tritt dieses wieder außer Kraft, und der Ort kann wieder betreten werden. Wenn gegen das Platzverbot verstoßen wird, dann kann eine Verwaltungsgeldstrafe verhängt werden. ■



"Lettische Tafel"

Ganz offen prangt das lettische SS-Arm-Abzeichen - ein rotes Schild mit weißen Streifen durch, oben steht "Latvija" - auf der Tafel, unumwunden wird an die "60.000 lettischen (SS) Soldaten" erinnert, die zusammengefasst in zwei Divisionen "15. Waffen-Grenadier-Division der SS (Latvian No. 1)" und "19. Waffen-Grenadier-Division der SS (Latvian No. 2)" an der "Ostfront" kämpften. Insgesamt 140.000 lettische SSler kämpften für die Nazis. Zu Divisionen zusammengezogen wurden sie auf direkten Befehl Hitlers im Jahre 1943. Zu diesem Zeitpunkt war der Holocaust in Lettland, der mehr als 90% der jüdischen Bevölkerung (etwa 70.000 Personen im Jahre 1941) das Leben kostete, praktisch beendet. Viele der lokalen Mörder, die sich in Polizeibatallionen und Einheiten wie dem berüchtigten "ARAJS KOMMANDO" bis nach Weißrussland und im Warschauer Ghetto einen besonders grausamen Ruf erwarben, fanden in der SS-Einheit Unterschlupf. Auch heute noch treffen sich alljährlich am 15. und 16. März Angehörige der "Legion" und marschieren durch Riga.

siehe auch: www.hagalil.com



"Kärntner Marinekameradschaft"

Viele Kärntner dienten im 1. und 2. Weltkrieg in der Kriegsmarine, und im sogenannten "Kärntner Abwehrkampf" 1918 – 1919 war eine Marinekompanie im Einsatz. Beim Ehrenmal am Friedhof Annabichl steht deshalb ein Anker und in Krumpendorf ein Gedenkstein für den am "Abwehrkampf" beteiligten Fregattenkapitän Albert Peter-Pirkham. Schon 1905 gab es in Klagenfurt eine Ortsgruppe des Österreichischen Flottenvereins, 1925 dann ein Kameradschaft der ehemaligen Marineangehörigen, die 1938 in den deutschen Marinebund übernommen wurde. Am 12. März 1955 wurde der Kameradschaftsbund ehemaliger Marineangehöriger in Kärnten gegründet, aus dem die Marinekameradschaften in Klagenfurt, Villach, Spittal, Feldkirchen entstanden, die nun alle im Dachverband "Österreichischer Marineverband" in Wien vereint sind. Nach der Fusion des Österreichischen Marinebundes mit dem Österreichischen Marineverband 1965 bzw. 1970 wurde 1988 der Vereinsname der MK Klagenfurt nach dem Klagenfurter Admiral auf "Marinekameradschaft Admiral Sterneck-Klagenfurt-Wörthersee" geändert. Obmänner der Marinekameradschaft waren etwa Dr. Karl Theodor Mayer, der auch langjähriger Obmann der Ulrichsberggemeinschaft war und nach dem ein Weg zur Ulrichsberg-Gedenkstätte benannt ist. Besondere Freundschaften und Partnerschaften verbinden diese Marinekameradschaft auch mit denen aus Wiesbaden, Dessau, Bremerhaven, Wilhelmshaven, Hamburg-Wandsbeck, Raisdorf, Fehmarn, Stralsund und Peenemünde.

LITERATUR- FILM- & LINKTIPPS

Literaturtipps:

Kärnten / Koroška

Haiders Exerzierfeld: Kärntens SlowenInnen in der deutschen Volksgemeinschaft.
Vida Obid, Mirko Messner, Andrej Leben. Wien: Promedia-Verlag, 2002.

Soziokulturelle Dimensionen der Denkmalkultur am Beispiel der "Heimkehrergedenkstätte" am Ulrichsberg.

Wilhelm Seidl. Diplomarbeit an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Klagenfurt, 2000.

Der Loibl-Tunnel.
Josef Zausnig. Drava Verlag, 1995.

"Stehst mitten drin im Land". Das europäische Kameradentreffen auf dem Kärntner Ulrichsberg von den Anfängen bis heute.
Walter Fanta, Valentin Sima. Drava Verlag, 2003.

Kärntner "Friedensfeiern" an der Schwelle ins Dritte Jahrtausend. Überlegungen zum Kriegsdirkus während der 10. Oktoberfeierlichkeiten 2000.
Lisa Rettl. In: Zeitgeschichte 29.Jg. 5/2002.

Hinrichtungsstätte Dravograd 1941-1945.
Janko Mesner. Drava Verlag, 1997 (slowen. Orig. 1946).

Partisanenwiderstand in Kärnten.
Peter Gstettner. In: Betrifft Widerstand, Nr.60, Jänner 2003

Elf Seelen für einen Ochsen - Enajst dus za enega vola.
Tina Leisch. In: TRANS 15, 09. 2004

Kärntner Verhältnisse. Kulturpolitischer Skandal größten Ausmaßes.
Nužej Tolmajer. In: kulturrisse 04/02

Das KZ in der Lendorfer Kaserne vor den Toren der Stadt Klagenfurt. Ein Vorschlag zur Geschichtsaufarbeitung.
Peter Gestettner. In: Justiz und Erinnerung 4/2001

Linktipps:

Koroška

www.persman.at

Verein/Drustvo Peršman

www.kdu.at - Kärnten Down Under

www.kaernoel.at - kärnöl

loibl-memorial.uni-klu.ac.at - Loibl Memorial - Mauthausen Komitee Kärnten / Koroška

www.net4you.net/erinnern - Verein Erinnern (Villach)

www.mohorjeva.at - Mohorjeva / Hermagoras

www.drava.at - Drava Verlag

no-racism.net/thema/83 - Rubrik: Kärnten / Koroška auf www.no-racism.net

sezuan.com/italia/interview.html - Interviews (geführt im Herbst 2004 im Rahmen des Ausstellungsprojekts Carta d'Italia) u.a. zum Kampf der PartisanInnen und zum Peršmanhof

Rechtsextremismus/Revisionismus

www.doew.at - Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)

www.idgr.de - Informationsdienst gegen Rechtsextremismus (IDGR)

www.nadir.org/nadir/kampagnen/mittenwald/ - Angreifbare Traditionspflege. Mittenwald 2005

Filmtipps:

Filmreihe "Vergessene Opfer"
Teil 1 – Kärntner Slowen/innen 1 - "Aussiedlung"
Teil 3 – Kärntner Slowen/innen 2 - "Partisan/innen"
Von Angelika Schuster und Tristan Sindelgruber, 2001.
www.schnittpunkt-film.com und http://go.to/standbild

Artikel 7 – Unser Recht!/Pravica Naša! Člen 7
Ein Film von Eva Simmler und Thomas Korschil, 2005
www.navigatorfilm.com

FAQ – Frequently Asked Questions.
Ein Film über Kärnten / Film o Koroški
Von Stefan Hafner und Alexander Binder, 2005.
www.f-a-q.at

Andri 1924-1944
Von Andrina Mracnikar, 2003.
www.filmvideo.at

Helmut Qualtinger liest Texte zur Slowenenfrage
Medienwerkstatt Wien, 1980.
www.medienwerkstatt-wien.at

Programm / Spored

Freitag / petek, 16. bis / do Sonntag / nedelje, 18. September 05

Freitag / petek, 16.09.2005

Anreise / prihod nach / v Celovec / Klagenfurt
Wir werden versuchen Busse von Vorarlberg - Innsbruck, Wien - Graz und Slowenien zu organisieren. Wenn du daran interessiert bist, mit einem solchen Bus mitzufahren, maile bitte an **bus@u-berg.at**!
Mit dem Zug kann mensch relativ einfach bis Klagenfurt Hauptbahnhof fahren, und von dort mit dem Bus (Linie 40) vom Bahnhof direkt in die Innenstadt fahren.
Skušali bomo organizirati buse iz Predarlske – Innsbruck, Dunaj – Graz in iz Slovenije. `Če te zanima vožnja s takim avtobusom, javi se!
Z vlakom je razmeroma enostavno dospeti do glavnega kolodvora v Celovcu, od tam pa naprej z busom (linija 40) direktno v center mesta Celovec.

Ab / od 13:00 Uhr / ure:
Infopoint mit Büchertischen, Stadtplänen & Co sowie Vokü am Neuen Platz in der Klagenfurter Innenstadt (angemeldet).
Infopoint s knjižnimi mizami, načrti mesta idr., ljudska kuhinja na Novem trgu v celovskem centru (prijavljena).

20.0Uhr / ura: Filmabend / filmski večer

Samstag / sobota, 17.09.2005

09:00 Uhr / ura:
Antifaschistischer Frühschoppen rund um den Infopoint und quer durch die Innenstadt.
Antifašistična dopoldanska prireditev okrog infopointa in skozi center Celovca.
Am Samstag Vormittag halten die Ulrichsberggemeinschaft und der Kärntner Heimatdienst (KHD) ein Blasmusik-Redenschwinger-Humptata-Trallala am Klagenfurter Neuen Platz ab.
Wir reden & singen mit!
V soboto dopoldne prirejata Ulrichsberggemeinschaft in KHD svoj humptata-tralala z govori in godbo na celovskem Novem Trgu.
Govorili in peli bomo z njimi!

11:30 Uhr / ura:
Veranstaltung mit ZeitzeugInnen und HistorikerInnen zu Kriegsverbrechen der Wehrmacht, dem "Sonderfall" Kärnten und revisionistischen Gedenktraditionen.
Prireditev z zgodovinskimi pričami in zgodovinarji, teme: vojni zločini "wehrmacht-a", "posebni primer" Koroška, revizionistične spominske tradicije.
Ort / kraj: Mohorjeva / Hermagoras, Viktringer Ring 26, 9020 Klagenfurt / Celovec

17:00 Uhr / ura:
Antifaschistischer Abendspaziergang zu Orten in und um Klagenfurt, die mit dem Ulrichsbergtreffen in Zusammenhang stehen. Treffpunkt beim Infopoint
Antifašistični večerni sprehod h krajem, ki so povezani s srečanjem na Ulrichsbergu, v in okrog Celovca. Srečamo se pri infopointu.

Ab / od 21:00 Uhr / ure:
Konzert & Party im Galerie Café, Feldkirchner Straße 31, 9020 Klagenfurt

Sonntag / nedelja, 18.09.2005

07.30 Uhr / ura (pünktlich / točno):
Demo (zu Fuß und zu Rad) zum Ulrichsberg - bis zum "Kollerwirt" (angemeldet) mit musikalischer Begleitung & Pink-and-Silver-Action.
RadlerInnen melden sich wenn möglich unter **fahrrad@u-berg.at**
Treffpunkt beim Infopoint
Demo (peš ali s kolesom) k Ulrichsbergu (na Vrh) – do "Kollerwirt-a" (prijavljena) z glasbeno spremljavo & Pink-and-Silver-Action. Kolesarji/ke naj se prijavijo po možnosti na zg.om.

„Sie liegen im Westen und Osten.
Sie liegen in aller Welt.
Und ihre Helme verrosten.
Und Kreuz und Hügel zerfällt.
Sie liegen verscharrt.
Und versunken.
Im Massengrab. Und im Meer.
Aber es leben Halunken,
die ziehen noch über sie her !"
Doch in unseren Herzen,
da leben sie weiter.
Und dies wird ewig sein !



Tafel bei einem Soldaten- Abwehrkämpferdenkmal am Friedhof Annabichl in einem Stadtbezirk von Klagenfurt.

Das ganze Wochenende
Cel konec tedna

Fotoausstellung
Foto-razstava "Partigiani"
Gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Der Widerstand in Italien. / Proti fašizmu in nemški okupaciji. Upor v Italiji.
Die Ausstellung "Partigani" thematisiert die Resistenza, nicht zuletzt da bis heute nur wenige Bücher in deutscher Sprache zur italienischen PartisanInnenbewegung existieren, und im deutschsprachigen Raum daher kaum Hintergründe über die Zeit der deutschen Besatzung in Italien bekannt sind.
Die Ausstellung gibt anhand kurzer Erläuterungen und zahlreicher Fotos einen Überblick über den Faschismus in Italien seit 1922 und die Okkupation Italiens durch Nazi-Deutschland ab September 1943. Dem folgt im Ausstellungskonzept eine umfangreiche Dokumentation der Aktivitäten der italienischen Resistenza.
Seit der ersten Präsentation von "Partigiani" in Kiel 1999 wurde die Ausstellung in Hamburg, Berlin, Potsdam, Brandenburg, Bremen, Bochum und Frankfurt gezeigt. Im Zuge der Proteste gegen die Ulrichsbergfeier soll die Ausstellung nun auch einen Stopp in Klagenfurt machen.
Nähere Informationen zur Ausstellung "Partigiani", sowie zu dem Thema "Resistenza", "Kriegsverbrechen in Italien" und zahlreiche Interviews mit ZeitzeugInnen enthält die Website des Vereins zur Förderung alternativer Medien Erlangen (www.partigiani.de) und die Website des Istoreco Reggio Emilia (www.istoreco.re.it).

www.u-berg.at | **kontakt@u-berg.at**